

Infosp. Büro
240

Postamt Posen
2. FEB. 1905
J.-Nr. 659/05.

— Bierzehnter Jahrgang. —

Nr. 4.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

4. Woche für die Zeit vom 20. bis 26. Januar 1905.

Posen, den 31. Januar 1905.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 22 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. Januar 1905:

Das Informationsbureau

ist, wie wir hören, auf Betreiben des polnischen Zentral-Wahlkomitees endlich zu stande gekommen, und die Leitung wurde Herrn Dr. Thaddäus v. Jaworski übertragen. Schon mit dem 1. Februar d. Js. wird das Bureau zu arbeiten beginnen. Sein Zweck wird sein: 1. Der polnischen Fraktion glaubwürdiges Material zu liefern; 2. die Wahlorganisationen zu verbessern und zu vervollständigen; 3. durch die Presse und durch besondere Druckschriften auf die öffentliche Meinung, sowohl die polnische als auch die fremde, einzuwirken.

Die näheren Einzelheiten werden wir aus dem Prospekt und dem Reglement erfahren, welche bald veröffentlicht werden.

Hier bemerken wir nur, daß die korrekte Tätigkeit des Bureaus bedeutende Fonds beanspruchen wird, denn wie wir hören, werden seine Publikationen unentgeltlich verbreitet werden.

Die Wahl des Leiters des Bureaus halten wir für durchaus geeignet.

Aus Nr. 18 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 22. Januar 1905:

Achtung, polnisches Volk!

Jeder Pole, der sich nicht nur für die eigenen Angelegenheiten interessiert, verfolgt gespannt den Verlauf der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Und mit Recht, denn dort kämpfen Zehntausende unserer Arbeiter um die Verbesserung ihrer Existenz.

Selbstverständlich haben sie unsere Sympathien für sich und nicht die Kohlenbarone, denn fürs erste sind unter den Streikenden viele unserer Landsleute, und ferner sind, wie dies auch die deutsche Presse und die Abgeordneten in ihren Reden anerkennen, die Forderungen der Bergleute, und sei es auch nur zu einem wesentlichen Teile, berechtigt. Mich wunderte daher sehr eine Mitteilung einer in Hamm erscheinenden deutschen Zeitung, die mir von einem der streikenden Landsleute überandt worden ist:

„Berlin, 17. Jan.

Dem Vorwärts teilt man aus Posen, angeblich aus sicherer Quelle mit, in den letzten Tagen suchten

Agenten der Bergwerke im Posenschen Arbeiter in großem Maßstabe. Ein Zug mit polnischen Arbeitern sei am Sonnabend abgegangen und er habe bereits Berlin passiert.“

Wenn mithin die Mitteilung des Vorwärts wahr ist, dann wollen die Kapitalisten mit Hilfe unsres Volkes den Streik ersticken.

Doch ich kann nicht glauben, daß unsre Arbeiter gedankenlos genug wären, den süßen Worten der Agenten zuliebe auf den Leim zu gehen.

Zunächst wäre das ja ein Verrat ihrer eigenen Brüder, der polnischen Arbeiter, und sodann ein Mangel an Verständnis des eigenen Interesses. Denn kann man annehmen, daß die Bergwerksbesitzer, nachdem sie mit Hilfe der polnischen Kräfte über die Arbeiter einen großen Sieg davongetragen haben, ihnen ein besseres Los bereiten werden?

Bestimmt nicht! Und selbst wenn dies anfangs der Fall sein sollte, dann werden sie mit der Zeit ihre Zugeständnisse reduzieren, und die Arbeiter werden es vielleicht noch schlechter haben, als vor dem Streik.

Und durch die Erfahrung belehrt, werden sie sogar nicht die Hoffnung haben, durch offenen Kampf, d. i. durch eine allgemeine Arbeitseinstellung die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen. Wie beschaffen aber das Leben unsrer Landsleute gewesen ist, darüber läßt sich jener Landsmann in seinem Briefe wie folgt aus:

„Die Bezahlung ist bisher eine schlechte. Man geht mit den Polen unter aller Kritik um. Oft hört man Worte wie „dummer Polack!“ „polnisches Schwein!“ usw. In unserer Muttersprache zu sprechen ist bei großer Strafe in allen Bergwerken Rheinland-Westfalens verboten.

Die Arbeit ist eine schrecklich schwere. Es kommt vor, daß die ganze Schicht hindurch im Wasser gearbeitet werden muß.

In manchen Fällen kann man sagen, daß der Mensch bei lebendigem Leibe verfault.“

Als früher die Bergwerke Arbeitskräfte brauchten, wurden Ungarn herangehleppt; doch hatten sich diese über die hiesigen Verhältnisse kaum orientiert, gingen sie selbst auf und davon, auch warnten sie ihre Landsleute, sie sollten sich durch die schönen Worte der Agenten nicht verlocken lassen. Jetzt versuchen letztere im Posenschen ihr Glück.

Darum seid vorsichtig, ihr Landsleute, und achtet darauf, daß die Deutschen nicht mit Recht von uns sagen können: „Die dummen Polacken!“

Vor den unserem polnischen Volke gestellten Fällen sollten unsre Geistlichen, die Vorstehenden der Volksvereine und überhaupt alle Wohlgesinnten warnen,

denen das Wohl des polnischen Volkes am Herzen liegt. Möge die Lösung erklingen:

„Polnisches Volk! Gehe nicht nach Westfalen! Laß dich nicht durch die Worte der Agenten verleiten!“

Aus Nr. 18 des Nowy Czas (Lissa)

vom 22. Januar 1905:

Ein neues Präsent

bereitet die preußische Regierung für die Polen vor, denn in der Montagsitzung des preußischen Abgeordnetenhauses kündigte der Minister des Innern, Herr von Hammerstein, an, daß vielleicht noch in der gegenwärtigen, oder am Anfange der nächsten Session die Regierung dem Abgeordnetenhaus ein Projekt zum Vereins- und Versammlungsrecht vorlegen werde.

In dem neuen Gesetze wird der **Gebrauch der polnischen Sprache in den Volks- und Vereinsversammlungen verboten** werden.

Nach dem neuen von der preußischen Regierung erdachten Gesetze wird man in den öffentlichen und Vereinsversammlungen nur die deutsche Sprache gebrauchen können.

Schon heute können wir dessen gewiß sein, daß die Regierung ihre Absichten durchführen wird, denn sie hat im Abgeordnetenhaus die Mehrheit — wie einer von den Konservativen erklärte, — welche bereit ist, alles zu beschließen, was sich gegen die Polen richtet.

Wir werden daher in Zukunft in den Versammlungen deutsch „haken“, und zum Schluß werden wir deutsch ausrufen: „Es lebe das polnische Volk! Hurra!“

Schlimmer wird es in den Vereinen sein, denn, um der Unannehmlichkeit, in der „Kultursprache“ zu sprechen, aus dem Wege zu gehen, werden wir uns durch Gesen verständigen müssen — aber auch das wird man uns zweifelsohne verbieten, denn gerade beim Mienenspiel kann man Verschwörungen anzetteln und sich über die Wiederaufrichtung Polens verständigen.

Indem wir jedoch den Spaß beiseite legen und die Sache von der ernstesten Seite betrachten, müssen wir bekennen, daß heute in Preußen die Hakatisten regieren und alle ihre Absichten zur Durchführung bringen. Wir müssen damit rechnen, daß es uns in Polen unter den Preußen immer schlimmer ergehen wird, aber alle diese Schläge dürfen uns am Geiste nicht erlahmen lassen, sie müssen uns vielmehr zur Einigkeit und zu gegenseitiger Unterstützung anspornen

Aus Nr. 20 Dziennik Poznański (Posen)

vom 25. Januar 1905:

Von dem Herrn Prodekan Tesmer

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Koſztowo, den 19. Januar 1905.

Die sehr geehrte Redaktion bitte ich ergebenst um gütige Aufnahme nachstehender Zuschrift in Ihrem Blatte:

In Sachen Schmilau hat der Dziennik Poznański eine Zuschrift aus Gnesen vom 16. d. M. gebracht, welche die Überschrift trug: „Bemerkungen über die Affäre Schmilau“. Diese Zuschrift heißt dringend eine Berichtigung, denn wer die Sache nicht genau kennt, der kann, wenn er die „Bemerkungen“ liest, sehr leicht in den gleichen Irrtum verfallen, wie der Verfasser jener „Bemerkungen“.

Zunächst stelle ich fest, daß der geehrte Verfasser der „Bemerkungen“, obgleich er es als angebracht

erachtete, in Sachen Schmilau meine Handlungsweise, sowie auch die der Geistlichkeit des Dekanats Nakel öffentlich, und zwar in für uns empfindlich verletzender Weise, zu verurteilen, es nicht als angezeigt erachtete, seine Person zu entschleiern. Wir haben es also mit einem verkappten Gegner zu tun, was, wie jeder begreifen wird, die Diskussion mit ihm unermesslich erschwert.

Ich bitte den geehrten Verfasser ergebenst, er möge doch, wenn er uns nochmals in einer derartigen Form angreift, das Visir zu lüften geruhen; denn hinter dem Zaun hervorschießen, und sei es auch nur blind, ist weder ehrlich, noch taktvoll, noch usw.

Sodann stelle ich die sehr bezeichnende Tatsache fest, daß der Verfasser der Bemerkungen nach alledem, was in Sachen Schmilau bisher enthüllt worden ist, für den Pfarrer Brandke keinen andern Tadel hat, als den einen, daß er bisher nicht polnisch gelernt habe, obgleich er in seiner Pfarodie einen bedeutenden Prozentsatz Polen habe. Der Verfasser ging also mit dem Pfarrer Brandke auffällig gelinde um, dagegen bewirft er den Dekan und die Geistlichkeit des Dekanats mit Epithetis, die jeden, der auf seine Ehre hält, im Innersten verwunden und den Leser in Stauern versetzen müssen.

Er nimmt uns übel, daß wir zwecks Feststellung der Zahl der Polen in der Pfarodie Schmilau einen Mann in subalternen Stellung, nämlich den Organisten aus Gromaden hingeschickt haben, also aus einem Dorfe, das zwar in einem anderen Dekanate, aber von mir nur 3 Kilometer entfernt liegt. Er nennt das taktlos! unehrenhaft! nicht bürgerlich! abscheulich! ja, sogar nicht katholisch!

Allerdings ist der Verfasser hinsichtlich der Epitheta nicht wählerisch, sondern er teilt solche reichlich aus. Er fügt auch hinzu, daß es tausend andre geziemende Wege gab und gebe, um die Zahl der Schmilauer Polen zu ermitteln. Ich bitte den geehrten Verfasser, von diesen Tausenden auch nur ein einziges praktisches, und zugleich für den Pfarrer P. nicht unangenehmes Mittel anzugeben, um die Zahl der Polen in der Pfarodie Schmilau festzustellen, denn daß nach dem bezeichnenden und in bisher noch nicht dagewesener Art verlegenden, vom Pfarrer Brandke an die geistliche Behörde und Geistlichkeit des Dekanats Nakel gerichteten Schreiben, in welchem Pfarrer Pr. u. a. entgegen unserer Behauptung, daß in der Pfarodie Schmilau eine bedeutende Anzahl Polen sei, mit Nachdruck hervorhebt, daß die Zahl derselben nur verschwindend sei, eine unverzügliche Feststellung dieser Zahl notwendig gewesen ist, und zwar nicht nur in unserm, sondern auch im Interesse der hohen geistlichen Behörde, ja, sogar des Pfarrers P. selbst, das wird doch wohl der Verfasser der Bemerkungen nicht bestreiten. Wer sollte sie zählen? Ich etwa? oder einer der Dekanatsgeistlichen? (und es sollte doch anscheinend kein Subaltern sein). Das wäre doch meines Erachtens nicht taktvoll, nicht ehrenhaft usw. gewesen.

Möge der Verfasser auch sagen, in welcher Weise dies geschehen sollte. Etwa im Lokaltermin? Es ist ja doch in Schmilau Termin gewesen, und da ist vieles festgestellt worden, nur eins gelang nicht einmal annähernd festzustellen, nämlich die Zahl der polnischen Parochianen in Schmilau. Der geehrte Korrespondent hat augenscheinlich den einschlägigen Absatz aus der Erklärung der Geistlichkeit des Dekanats Nakel nicht gelesen, darum gestalte ich mir, ihn hier anzuführen:

„Nach langer und gründlicher Beratung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß es durchaus notwendig sei, ungekürzt die Zahl der polnischen Parochianen Schmilaus zu konstatieren und erst auf dieses Ergebnis die weitere Aktion zu stützen. Die

Feststellung der Zahl der polnischen Parochianen gelegentlich eines Lokaltermins in Schmilau in Gegenwart des Pfarrers Brandt im Sinne der hohen Verfügung erachteten wir für erfolglos, einmal deshalb, weil, nach der Gesinnung des Pfarrers Brandt zu urteilen, welche so deutlich aus seinem an die hohe Behörde gerichteten Briefe hervorgeht, uns derselbe die größten Schwierigkeiten in den Weg stellen würde, dann wiederum deshalb, weil er die polnischen Parochianen so terrorisieren würde, daß wir die Wahrheit nicht erfahren würden. Wir beschloßen daher, unverzüglich zu den Schmilauer Parochianen den Marcell Pufal, der 6 Jahre lang Organist in Schmilau war und der gegenwärtig seit einem Jahre dieses Amt in Gromaden bekleidet, — einen sehr ordentlichen Menschen, der die dortigen Verhältnisse sehr gut kennt, zwecks Sammlung von Unterschriften für die an den Hochwürdigen Erzbischof gerichtete Petition um polnische Predigten und um polnischen Vorbereitungsunterricht zu entsenden.“

Ich glaube daher, daß weder ich noch die Geistlichkeit des Dekanats Ratel obige Epitheta ornantia verdient haben und daß wir gerechten Anlaß haben, uns verletzt zu fühlen. Bisher hat uns auch, ungeachtet daß über diese Sache viel, und zwar mit sehr aufgeklärten und verständigen Personen gesprochen worden ist, ein derartiger Vorwurf nicht getroffen, im Gegenteil, es gibt jeder zu, daß es in diesem Falle nicht möglich war, anders mit Erfolg zu handeln.

Wer bei der Beurteilung der Affaire Schmilau nicht in einen Fehler verfallen will — abgesehen von der Kränkung und Beleidigung Unschuldiger —, der sollte sich in unsre Lage versetzen und sich unsre Situation vergegenwärtigen. Wer das nicht will oder nicht kann, der möge lieber schweigen oder es sich wohl überlegen, ehe er zur Feder greift. Ist doch der einmütige Beschluß das Resultat einer gründlichen Beratung von 11 Geistlichen gewesen, von Männern, welche den gleichen Anspruch auf Klugheit haben, wie der Verfasser der „Bemerkungen“.

Welchen Zweck aber der Verfasser im Auge hatte, als er in der Mitte der Bemerkungen über die Affaire Schmilau irgend einen uns unbekannten Fall anführte, der mit der Affaire Schmilau und mit dem Dekanat Ratel nichts zu tun hat, von einem Geistlichen, welcher einen polnischen Propst fünfmal denunziert haben soll, das ist mir unbegreiflich. Ich nehme nämlich an, daß der Verfasser der „Bemerkungen“ nicht die Absicht gehabt hat, mich und die Geistlichkeit des Dekanats Ratel neben jenen geistlichen Denunzianten zu stellen, namentlich da er sich nicht unterzeichnet hat. Wenn er vor der hohen geistlichen Behörde denunziert hat, dann möge sich diese mit ihm auseinandersetzen, — wozu das orbi et urbi zu verkünden? Es ist dies dazu sehr gefährlich, denn es führt auf falsche Vermutungen bezüglich der Person des Denunzianten. Für diese Anmerkung wird der Verfasser auf Dankbarkeit seitens der Allgemeinheit der Geistlichkeit nicht rechnen.

Der geehrte Verfasser der Bemerkungen schreibt, indem er dem Kurier einen Vorwurf daraus macht, daß er die Zuschriften betreffend Schmilau veröffentlicht habe, von irgendwelcher „geheimen Inquisition“, die auf Anordnung des Dekans gegen den Propst von Schmilau ausgeführt worden sei. Ich weiß nichts von einer geheimen Inquisition, aber wenn es die Feststellung der Zahl der Polen in der Parochie Schmilau sein soll, dann muß ich bemerken, daß weder eine Inquisition, noch irgend etwas Geheimen vorgelegen hat, sondern eine absolut offene Sammlung von Unterschriften der Schmilauer Polen, die sich,

wenn auch nur von Zeit zu Zeit, polnische Andachten und polnischen Beichtunterricht wünschen.

Ganz unklar ist mir der Zweck der Bemerkungen, namentlich weshalb der Verfasser gerade den Punkt betreffend die Sammlung von Unterschriften aufgegriffen hat. Dieser Punkt spielt doch in der Schmilauer Sache eine ganz untergeordnete Rolle, — er ist eher eine übrigens bereits erledigte Privatsache zwischen mir und dem Pfarrer Pr.

Das Urteil der öffentlichen Meinung über die Affaire Schmilau wird der Verfasser mit seinen Bemerkungen nicht ändern, dagegen gießt er Öl ins Feuer. Die traurigen Folgen werden sich wahrscheinlich bald zeigen, — Freude im katolischen Lager und Gedrücktheit in unserer Volksgesamtheit. Die Verantwortung dafür fällt auf ihn.

Schon genug des Lärms wegen dieser unangenehmen Sache! Wozu noch Angriffe dieser Art? Es ist Zeit, daß endlich Ruhe einkehrt. Die hohe geistliche Behörde kennt die Sache und sie wird selbst wissen, was sie zu tun hat; der Mentoren bedarf sie nicht.

Die Geistlichkeit des Dekanats Ratel hält drei Punkte ihres von der Dekanatskongregation aus gestellten Antrags voll und ganz aufrecht, und zwar:

1. daß in der Parochie Schmilau die polnischen Kinder Beichtunterricht in deutscher Sprache empfangen;
2. daß der dortige Propst die polnische Sprache nicht beherrscht und nicht Sorge trägt, sie sich auch nur einigermaßen anzueignen;
3. daß die dortigen polnischen Parochianen, obgleich ihre Zahl bedeutend ist, in ihrer Kirche das ganze Jahr hindurch ein Wort polnischer Belehrung nicht zu hören bekommen.

Mehr haben wir nicht behauptet, und diese unsre drei Behauptungen hat bisher niemand umgestoßen, selbst Pfarrer Pr. nicht. Was die Art und Weise der Sammlung der Unterschriften anbetrifft, so erlauben wir jedem, darüber zu urteilen, wie es ihm beliebt, aber öffentlich zu beleidigen ist niemandem gestattet. Wir haben so verfahren, wie wir es für gut und angebracht erachteten; die Verantwortung dafür fällt auch nicht auf den Verfasser der Bemerkungen oder auf sonst jemanden, sondern ausschließlich auf uns.

Übrigens ist es die Sache der hohen geistlichen Behörde, die Handlungsweise ihres Dekans zu kritisieren, nicht die irgend eines maskierten Korrespondenten aus Gnesen.

NB. Man kann hier ein Mißverständnis zugeben, das der Verfasser der Korrespondenz aufklären wolle, — denn wir kennen diese Arkana nicht und dienen einem jeden gern mit den Spalten unsres Blattes.

Aus Nr. 20 des Ogródownik (Posen)

vom 25. Januar 1905:

Plötzlicher Angriff auf den „Kurier“.

Posen, den 24. Januar 1905.

Nicht nur zwei hiesige Blätter, der Dziennik Berlinski und der Dziennik Poznański sondern auch zwei galizische Tageblätter, die Lemberger Gazeta Narodowa und die Krakauer Reforma haben geschrieben, daß der Kurier deshalb sein Erscheinen einstelle, weil hierauf die hiesige geistliche Behörde deshalb gedrungen habe, weil der Kurier sich erdreiste, gegen die Germanisation durch die Kirche vorzugehen, indem er die Angelegenheit des Schmilauer Pfarrers ausführlich erörterte. Sie schreiben und sprechen auch davon, daß die geistliche Behörde dies unter dem

Drucke der Regierung, des Oberpräsidenten, getan habe, und sie setzen hinzu, daß diesem Drucke — „nicht der Erzbischof sondern der Bischof“ — nachgegeben habe. Auf dies alles schweigt der „Kuryer“, trotzdem er solch wichtige und empfindliche Fragen nicht unbeantwortet lassen dürfte. Hier handelt es sich garnicht darum, ob er für sich einen „Käufer“ findet oder nicht, sondern um eine „grundsätzliche Angelegenheit“, welche an seine eigene Mitteilung, daß er sein Erscheinen einstellen werde, geknüpft wurde.

Wenn es Tatsache sein sollte, daß wirklich die hiesige geistliche Behörde auf den Kuryer einen Druck ausgeübt habe, aus Anlaß der Angelegenheit des Pfarrers Brandke — so soll es angeblich sein — dann muß, ob der Kuryer erscheinen wird oder nicht, dieser Fall vom nationalen Standpunkte aus mit Überlegung betrachtet werden. Die Art und Weise, in welcher die Angelegenheit im Dziennik Berliński erörtert wurde, mit der Phrase: „Dies hat der Bischof getan, nicht der Erzbischof“, — bringt in diese Sache kein klares Licht, vielmehr verwirrt es die ganze Sache, damit die Volksgefamtheit hierin keinen genauen Einblick bekommt. Daher haben wir beschlossen, unseren Lesern die grundsätzliche Seite dieses Vorfalles darzulegen.

Die Verdienste des Kuryer im Kulturkampfe als katholisches Organ und als Organ der polnischen Geistlichkeit sind unschätzbar. Heute aber ist der Kuryer — als ausgesprochenes Organ der polnischen Geistlichkeit — wohl noch nötiger und zwar mit Rücksicht auf die gegenwärtige allgemeine nationale Volksbewegung im ganzen Gebiete des preußischen Landesteils, als auch auf die Germanisation durch die Kirche und die germanisierende Geistlichkeit. Nicht die Kirchenlehre bedroht die polnische Nationalität im preußischen Staate, sondern das ungünstige Verhältnis der geistlichen Behörden und der Geistlichen zur preußischen Regierung. Das preußische System strebt direkt seit 20 Jahren, seit der Zeit als bei uns der verstorbene Erzbischof Vinder den Stuhl des heiligen Adalbert eingenommen hat, danach, nicht nur in unserer, sondern auch in anderen polnischen Diözesen aus der Kirche und der Geistlichkeit Werkzeuge der Germanisation zu machen.

Infolgedessen gerät die allgemeine Volksbewegung im ganzen Gebiete des preußischen Landesteils in eine außerordentlich schwierige Lage — erstens weil sie sich gegen die Germanisierung durch die Kirche verteidigen muß, und zweitens, weil sie sich trotz allem, nicht — vom katholischen Boden verdrängen lassen will. Die Volksbewegung würde nämlich mit dem Augenblick, wo sie den katholischen Boden verlassen würde, ihre eigene nationale Grundlage zu Grunde richten. Aber mit den germanisierenden Geistlichen zu kämpfen und zugleich treu zu der Kirche und zu den katholischen Grundsätzen zu halten, das ist in der Praxis eine sehr schwere und für die Intelligenz gefährliche Aufgabe, und was ist es erst für die Volksmassen, von denen man nicht verlangen kann, daß sie die genauen Grenzen zwischen der Volksgefamtheit und der Kirche, zwischen der katholischen Kirche und der preußischen Regierung in Berlin kennen sollen.

Wir machen seit vielen Jahren in unserem Blatte unsere Leser gerade hierauf aufmerksam.

Die polnische Volksgefamtheit im preußischen Landesteil bedarf heute in ihrem eigenen nationalen Interesse eines streng katholischen Organs, welches zugleich Organ — nicht der geistlichen Behörde — aber der polnischen Geistlichkeit wäre, damit dieses Organ in den gegenwärtigen schweren Verhältnissen die junge nationale Volksbewegung, mit Rücksicht auf die tatsächlichen Interessen der Kirche, vor event. Fehlern warne. Es ist auch für die Geistlichkeit selbst,

welche sich als ein Ganzes mit der Nation fühlt, nötig, in einem eigenen Blatte die Aufgaben, welche die nationale Volksbewegung auf sich nimmt, und ihre Bestrebungen zu beleuchten, um die strittigen Fragen unter sich und der Volksgefamtheit zu ordnen und das Verhältnis der Geistlichkeit zur allgemeinen nationalen Volksbewegung zu regeln. Wir haben ja auch Erscheinungen, daß katholische Geistliche z. B. in Ermeland und in Oberschlesien für das polnische Volk Schriften gründen, um in dem Volke das Nationalbewußtsein zu töten, und durch Erhaltung auf dem Standpunkt des Katholizismus, bei der politischen Abhängigkeit von der Geistlichkeit, dieses allmählich in das deutsche Gewand zu kleiden und zu germanisieren. Ein solches Mittel, welches die Geistlichkeit zur Vernichtung der polnischen Nationalität im Volke anwendet, könnte unsere Volksgefamtheit mit Ruhe nicht ertragen.

Der Kuryer Poznański ist das einzige streng katholische Blatt im ganzen preußischen Landesteil, welches gleichzeitig auf nationalem Boden steht. Neben ihm ist noch in Oberschlesien die Gazeta Katolicka das Organ des Geistlichen Dr. Stephan. Es ist dies zwar ein Zentrumsblatt, nicht national, aber immerhin polnisch, daß das polnische Empfinden im Volke nicht tötet, sondern es sogar mittelbar weckt. Wie vorsichtig man aber die hier ins Spiel kommenden Fragen behandeln muß, davon überzeugt uns am besten der Umstand, daß zwei nationale Blätter in Oberschlesien das Organ des Geistlichen Dr. Stephan als fanatischen Feind der polnischen Nation verschrieen und ihn selbst, der von polnischen Eltern abstammt und ein Sohn des polnischen Volkes ist, als Germanisator, Hafatist hinstellten und zwar mit solchem Schwünge, daß natürlich längere Zeit alle daran glaubten. Wenn der Kuryer zu Falle kommt und der Geistliche Dr. Stephan sich von der Gazeta Katolicka zurückziehen wird, wird es im ganzen polnischen Gebiete des preußischen Landesteils kein streng katholisches Blatt geben, kein Organ der polnischen Geistlichkeit, außer dem Pöpliner Wielogzym. Die nationale Volkspresse wird durch das Bestehen von Organen der polnischen Geistlichkeit keineswegs behindert, im Notfalle entschieden aufzutreten, wenn die Organe der Geistlichkeit den Gang der nationalen Angelegenheit ausschließlich gemäß dem Gang der katholischen Interessen leiten wollten.

Die Volkspresse hat schon auf diesem Felde Erfahrung gesammelt und kann von dieser Seite beruhigt sein.

In den letzten Wochen haben wir dem Kuryer Poznański die Bestätigung und das Zugeständnis zu verdanken, daß eine Germanisation durch die Kirche und durch manche Geistliche besteht. Der Kuryer hat auch anerkannt, daß die polnische Volksgefamtheit das Recht hat, sogar die Geistlichen für ihr Verhalten als Bürger in rein nationalen Angelegenheiten zu kritisieren. Jetzt ist noch erforderlich, daß die Geistlichkeit — soweit möglich in ihren eigenen Organen — sich davon Rechenschaft ablege, daß sie im Kampfe mit der nationalen und der Volksbewegung im preußischen Landesteil nichts erreicht, sondern die katholischen Interessen trübt und verschlechtert. Die Bischöfe und Geistlichen haben schon überall versucht, und stellenweise versuchen sie es noch, die nationale Volksbewegung einzudämmen, ja sogar sie zu brechen. Aus diesem Kampfe gingen die Blätter, welche Organe der Volksbewegung sind, bisher siegreich hervor. Der Reihe nach wurde in den letzten zwölf Jahren bei uns auf den Postemp und den Drendownik losgezogen, einige Jahre später wurde der Katolik von Erklärungen oberschlesischer Geistlicher überschüttet, noch im vergangenen Jahre waren wir Zeugen einer Erklärung des Bischofs und der Geistlichen gegen den Gorno-

slonjak sowie einer wahnsinnigen Agitation gegen die Gazeta Grudziödzka. Es lohnt sich auch hier der Agitation der Geistlichen gegen den Wiarus in Westfalen Erwähnung zu tun.

Aus diesem Kampfe gingen die Volksblätter, die Volks- und Nationalbewegung siegreich hervor. Die Bischöfe und Geistlichen dagegen trugen eine relative Niederlage davon.

Das ist keine Deklamation über das Thema der nationalen Volksbewegung, das sind Tatsachen, mit welchen die Bischöfe und Geistlichen, namentlich die polnischen Geistlichen rechnen müssen.

Diese Verhältnisse werden sich nie glatt abwickeln, denn sie können es nicht, und zwar deshalb nicht, weil die Kirche Christi sich selbst und selbständig gemäß ihrer göttlichen Gründung regiert, als solche wirkt sie in unserer Volksgesamtheit und sie ist mit ihr eng verknüpft, aber gleichzeitig ist sie in ihrer äußeren Verwaltung auf die Unterhaltung ununterbrochener Beziehungen zum Staate angewiesen. Sie muß auch manchmal der Regierungspolitik nachgeben.

Daher müssen wir vom polnischen nationalen Standpunkte aus dahin streben, das notwendige Gleichgewicht zwischen der Kirche, die durchaus eine Gehilfin der Germanisierung sein soll, und unserer Volksgesamtheit zu erhalten, damit die Volksgesamtheit nicht alles, damit sie nicht zuviel von der Kirche verlange, gleichzeitig aber auch nicht erlaube, daß ihren nationalen Interessen durch germanisierende Einrichtungen in den kirchlichen Verhältnissen und durch germanisatorische Geistliche Unrecht geschehe.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß man den augenblicklichen Angriff auf den Kurier seitens des Dziennik Poznański und Berliński betrachten, denn hier kommen unter einer sehr gewöhnlichen Form grundsätzliche Fragen ins Spiel.

Aus Nr. 19 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. Januar 1905:

Desertion der jungen polnischen Theologen aus der Kulm'er Diözese.

Nach der vor kurzem erfolgten Berechnung der Gazeta Toruńska beträgt die Anzahl der Deutschkatholiken in der Diözese Kulm ein Sechstel der Gläubigen, während die Anzahl der deutschen Geistlichen 150 beträgt, das ist ein Drittel sämtlicher Geistlichen. In den deutschen Parochien der Diözese des Bischofs Rosentreter entfällt eine Predigt auf 250 Polen und in den polnischen eine deutsche Predigt auf 5 Deutsche.

Es ist kein Geheimnis, daß eine Menge Geistliche deutscher Nationalität in jener Diözese rein polnische oder gemischte Parochien verwalten.

Ein deutscher Geistlicher, wenn er auch persönlich der ehrenwerteste Mensch wäre, wird die Pflichten der Gerechtigkeit gegen das Volk, mit welchem und von welchem er lebt, nicht erfüllen und kann solche auch nicht erfüllen, gesetzt sogar den seltenen Fall, daß er die polnische Sprache ausgezeichnet erlernt hat und von der Kanzel herab die polnische Sprache nicht dem Gelächter aussetzt.

Aber mit seiner Verwandtschaft und seinen Hausbewohnern wird er deutsch sprechen, wird polnische Bücher nicht kaufen, polnische Blätter nicht verschreiben, bei den Wahlen, wo es sich um die Sicherung des Sieges des Glaubens und der Rechte des Volkes handelt, dessen Leiter und Vater er ist, enthält er sich höchstens der Beteiligung, meistens aber wird er sich auf die den Empfindungen seiner Parochianen entgegen-

gesetzte Seite stellen, oder er wird geradezu zum Vorteile des Protestantismus wirken. Wir haben es ja doch erlebt, daß der Geistliche einer polnischen Parodie in Oberschlesien, Pfarrer Rassek, öffentlich den Grundsatz ausgesprochen hat, daß das polnische Volk der Muttersprache entsagen müßte, und er gab Mittel an, wie man es hierzu zwingen könne. Nicht so handelten die Apostel und ihre Nachfolger, nicht so die Polen, als sie Litauen bekehrten.

Angeichts solcher Verhältnisse könnte es scheinen, daß es Ehrenpflicht eines jeden polnischen Geistlichen und derjenigen, welche in ihre Reihen einzutreten gedenken, ist, sich nicht aus seiner Stellung zu entfernen, sondern auszuharren und die Pflicht dort zu erfüllen, wo er selbst durch die Natur der Sache hingewiesen ist. Wirkt man anders, so schwächt man die Möglichkeit der Verteidigung und erleichtert den an sich mächtigen Gegnern den Sieg.

Seit der Beendigung des Kulturkampfes begann die Auswanderung der polnischen Jugend aus Westpreußen, welche nach der Beendigung des Gymnasiums, anstatt nach Pöplin, in das Posener Seminar eintritt, hier zum Priester geweiht wird, Stellungen annimmt und für ihre heimatliche Kulm'er Diözese für immer verloren ist.

Man könnte schweigen, wenn es sich um vereinzelte sporadische Fälle handeln würde, aber weil es ihrer mehrere sind, liegt darin offenbar ein System, was für uns schmerzlich und traurig, für die Gegner erfreulich ist.

Dort ist der Kampf noch schrecklicher als in Großpolen, er ist verzweifelt, dort sind die Rechte des Polentums bedroht, und die zukünftigen Geistlichen eilen scharenweise in Gegenden mit erträglicheren Verhältnissen, die polnischen Parochien als Beute Leuten fremder Nation überlassend, Leuten, die diese immermehr an sich raffen. Das ist nicht Jünglingsart, das ist nicht polnisch.

Wenn ich mit Bitterkeit diese Worte schreibe, so tue ich es nicht deshalb, um unserer wahrhaft gepeinigten geistlichen Behörde irgend welche Vorwürfe zu machen, daß sie junge Leute aus einer fremden Diözese annimmt.

Der Kulturkampf hat eine furchtbare Verwüstung zurückgelassen. Eine Menge Parochien blieben unbesetzt, die Pflicht gebot diesem Zustande der Verwaisung so schnell als möglich abzuhelpen. Es ist also kein Wunder, daß der, welcher sich meldete, sofern er die erforderliche Qualifikation besaß, in Posen gern angenommen wurde. Der verdienstvolle Geistliche, der an die Spitze der hiesigen Diözesal-Anstalt gestellt ist, gehört, obwohl er ein höchst ehrenwerter Mann ist, nicht unsrer Nation an. Man kann schwerlich von ihm verlangen, daß er den aus den Kulm'er Diözese sich meldenden Kandidaten den Rat erteilen soll: bleibe lieber dort, wo eure Kirche und die Nationalität stärker bedroht sind, als hier....

Mögen die aus der Diözese Kulm stammenden jungen Geistlichen, wenn sie diese Worte lesen werden, nicht etwa denken, daß mir der Brotneid oder eine andere persönliche Veranlassung die Feder in die Hand drückt. Persönlich kann man gegen sie nichts haben. Sie sind ehrenwerte Priester und gute Polen, um nichts schlechter als die geborenen Großpolen und sie werden gewiß nicht vermuten, daß die geographischen und politischen Teilungen für mich irgend welchen Unterschied bedeuten. Ob von Pözig oder aus Odesa, jeder Pole ist für mich gleich, wenn er nur ein ehrlicher Mensch ist und sein Land liebt.

Achtet, junge Geistliche, darauf, daß ihr einen sehr gefährlichen Präzedenzfall schafft, der bei Änderung der Verhältnisse uns zu einer Niederlage werden kann. Schon spricht ein gewisses Volksblättchen seinen Schmerz darüber aus, daß zwei Propsteien in Großpolen: in Schrimm und in Kietrz durch Geistliche aus fremden Diözesen besetzt worden sind. Zum Glück ist diese Mitteilung falsch, vielmehr nichtswürdig, da sie die nicht genügend aufgeklärten Leser aufwiegelt, denn man konnte ohne Schwierig-

keiten erfahren, daß der Geistliche Becker, bisheriger Militärpfarrer in Glogau unserer Diözese angehört; dieser anzugehören hat er niemals aufgehört, trotzdem er sich als Militärpfarrer außerhalb der Grenze Großpolens befand. Ähnlich verhält sich die Sache mit dem Propst in Kiefrz, Geistlichen Kiewitecki, welcher unser Priester ist, und kein fremder.

Aber was bisher noch nicht geschaffen ist, kann in Zukunft geschehen. Ähnlich wie unser erzbischöfliche Stuhl schon mit einem fremden Priester besetzt war und in die Domkapitel Leute hineinkamen, die zweifellos achtbar, aber aus einer fremden Diözese stammten, ebenso können einstmals die Seminare und die Diözesan-Stellen für fremde und bei uns durchaus nicht begehrte Elemente offen stehen.

Dem Beispiele der Polen aus der Kulm'er Diözese können andere folgen, aber dann wehe uns!

J. G.

Aus Nr. 20 des Nowy Czas (Lissa)

vom 25. Januar 1905:

In Lischwitz fand am Sonntag die Quartalsversammlung des Wahlkomitees für den Kreis Graustadt statt.

Eröffnet wurde dieselbe von dem Vorsitzenden Herrn Nucinski aus Niechlod (?).

Es wurde darüber beraten, wo man wohl weitere Volksvereine gründen könnte, wo Büchereien zu errichten wären und in welchen Dörfern Zibeln für die Kinder nötig seien.

Weil die Kasse des Komitees arm ist, deshalb beschloß man, die Hauptkasse um eine Unterstützung zu bitten. Man sammelte Geld für Zibeln, es kamen 11 Mk. ein, welche der Kassierer des Komitees, Herr Kaczmarek aus Buckwitz, in Verwahrung nahm. An der Versammlung beteiligten sich 19 Personen. Die nächste Versammlung des Komitees findet in Przewodnica (?) statt.

Aus Nr. 17 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)

vom 21. Januar 1905:

Wahlen — ohne Resultat!

Gestern, am Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, fanden sich zu der zwecks Wahl zweier Arbeitnehmer für den Vorstand der Krankenkasse Nr. 2 erneut einberufenen Versammlung nahezu an 70 Mitglieder ein. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Herrn Radler eröffnet; derselbe verlas ein Schreiben der Aufsichtsbehörde, in welchem der Grund für die Nichtbestätigung der ersten Wahl angegeben war, es wurde nämlich dargetan, daß diese Wahlen nicht nach den im § 40 des Krankenkassengesetzes enthaltenen Bestimmungen stattgefunden hätten.

Nach Erledigung dieser Formalitäten überließ der Vorsitzende, Herr Radler, die weitere Leitung der Versammlung dem Herrn A. Zaborowski (einem Arbeitnehmer), welcher zu Beisitzern die Herren Warzowski und Jaworski berief.

Nunmehr wurde zur Wahl geschritten, deren Ergebnis folgendes war: unsere Kandidaten, die Herren Kierski und Wagner erhielten 44 Stimmen, die Herren Zaborowski und Wringe 19 bzw. 17 Stimmen. Unsere Kandidaten siegten demnach mit einer Stimmenmehrheit von 25 (drei Zettel waren ungültig).

Nach Beendigung der Wahl verkündigte der Vorsitzende, Herr Radler, das Resultat, gleichzeitig gab er

bekannt, daß er die Wahl für ungültig erachte und daß eine dritte Versammlung stattfinden müsse.

Sämtliche anwesenden polnischen Mitglieder waren erstaunt darüber, daß, trotzdem sich der Verlauf des Wahlaktes in Ruhe vollzog, der Herr Vorsitzende selbst einen Grund für die Ungültigkeit der Wahlen gefunden hatte.

Was es für ein Grund war, das gab Herr R. den Mitgliedern nicht bekannt, man hörte nur u. a., daß es nicht zulässig sei, vor den Wahlen in der Versammlung Kandidaten aufzustellen.

Es ist also in der Tat so, was in Inowrazlaw gestattet war, das ist in „Hohenjalza“ nicht mehr erlaubt.

Wunderbar ist bei alledem die Ansicht des Herrn Vorsitzenden; er hat sein Amt so oft verwaltet; er konnte doch nicht plötzlich vergessen haben — er gehört dem Vorstande bereits vier Jahre an — daß er selbst in jeder Versammlung die anwesenden Mitglieder gebeten hatte, Kandidaten aufzustellen!

Weshalb hat man den Anwesenden nicht amtlich bekannt gegeben, daß es jetzt in den Versammlungen bei der Wahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr gestattet sei, Kandidaten aufzustellen?

Und ferner: Sind im vorigen Jahre und auch bei den früheren Wahlen (Herr Radler war damals Vorsitzender) in den Versammlungen nicht auch Kandidaten aufgestellt worden? Die Kandidaten können doch nicht geheim gehalten werden; nur die Wahlen sind geheim.

Weshalb hat Herr J. vor dem Wahlaкте den Anwesenden gesagt, daß jeder von ihnen wisse, wem er seine Stimme zu geben habe? Vielleicht war er der Meinung, die polnischen Mitglieder würden sich der Bekanntmachung im Kuj. Boten anpassen, wofelbst auf der vierten Seite mit großen Lettern die Namen der deutschen Kandidaten Zaborowski und Wringe gedruckt waren, und nur für diese stimmen.

Nach ihrem Beispiel waren im Dziennik Kuj. die Namen unserer polnischen Kandidaten aufgeführt, und diese wurden von allen polnischen Mitgliedern, die in der Versammlung anwesend waren, gewählt.

Ist es uns Polen denn nicht gestattet, die Unfrigen zu wählen und nach dem Beispiele der Deutschen auch unsere polnischen Kandidaten in der Zeitung bekannt zu geben?

Zum Schlusse frage ich: Wann werden endlich die Wahlen der Krankenkasse Nr. 2 zum Abschluß kommen? Warum hat sich der Herr Vorsitzende den im Dziennik Kuj. bekannt gegebenen Ratschlägen nicht angepaßt und warum hat er die Aufsichtsbehörde nicht gebeten, daß sie ihren Beamten entsenden möge, damit dieser die Wahlen geleitet hätte, so daß sie vorschriftsmäßig verlaufen wären?

Wenn es dem Herrn Vorsitzenden angenehm ist, eine dritte Versammlung einzuberufen, wenn er sieht, daß die deutschen Kandidaten durchgefallen sind, so können wir ihm schon im voraus versichern, daß er auch in dieser Versammlung dasselbe Resultat erzielen wird, wie in den beiden ersten Versammlungen.

Polnische Mitglieder der Krankenkasse Nr. 2, warten wir die Bekanntgabe der nächsten Wahlen, die binnen kurzem stattfinden müssen, ruhig ab, wir werden uns alsdann wiederum so zahlreich einfinden und erneut die Unfrigen wählen!

Aus Nr. 18 des Ogródownik (Posen)
vom 22. Januar 1905.

Obenauf sind die Unsern in Snowrazlaw!

Raum ist Snowrazlaw in Hohensalza umgetauft worden, da hat man sich schon eine Suppe eingebrockt. Am Donnerstag ist daselbst zum zweiten Male der Vorstand der Krankenkasse Nr. 2 gewählt worden, zum zweiten Male haben die Polen mit 25 Stimmen Mehrheit gesiegt. Die Polen hatten 44, die Deutschen nur 17 Stimmen. Zum zweiten Male gibt der Vorsitzende Herr Radler bekannt, daß die Wahlen ungültig sind und er hat, wie der Dziennik Kujawski mitteilt, einen dritten Wahltermin angesetzt. Man fragte ihn, weshalb, er aber wußte keinen rechten Grund anzugeben. Den Artikel der Post (es handelt sich um einen in einer der letzten Nummern der Post erschienenen Artikel, worin die Deutschen im Osten aufgefordert wurden, dem Polentum gegenüber gleichfalls eine feindselige Stellung einzunehmen. Red. d. Ges.-Überblicks), von dem wir oben schreiben, konnte er noch nicht gelesen haben, denn er ist erst gestern, Freitag, erschienen. Aber der Vorsitzende fühlt gewissermaßen instinktiv, was jetzt — sogar die Krankenkassenwahlen zu bedeuten haben. Was werden wir nicht noch alles erleben! Die Deutschen fangen an, die eigenen Landsleute mit Titeln, wie „Schwächling“ zu bedenken, uns Polen aber reden sie mit aller Gewalt ein, wir seien — die Tüchtigkeit selbst. Und vielleicht sind wir wirklich nicht die Ersten, Besten, sondern lauter tüchtige Kerle, bessere, als wir selbst es wissen.

Das möge uns aber den Kopf nicht verdrehen. Essen und schlafen wir nicht nur gehörig, sondern kümmern wir uns um unsere Wirtschaft, selbst wenn das nur ein bißchen Armut wäre, vom Morgen bis zum späten Abend. Bauen wir Polen in uns selbst und in unseren Kindern, indem wir sie das Vater-unsere lehren, sie aufklären und ihnen etwas hinterlassen, damit sie den künftigen Kampf ums Leben nicht mit leeren Händen anfangen. Möge niemand in seinem Leben eine Leere kennen, ebenso, wie der verstorbene Patron der polnischen Bauernvereine v. Jackowski keine kannte. Darum haben wir als hervorragendes Zeichen seines bürgerlichen Charakters die Arbeit ohne Unterlaß hervorgehoben. Arbeiten wir daran, Hab und Gut zu sammeln wie er, arbeiten wir für die Nation gleich ihm!

Aus Nr. 18 des Lech (Gnesen)
vom 22. Januar 1905:

Janowicz.

Wo bleibt die nationale Würde?

Wie unsere Bufenfreunde die Polen auszahlen die sich nicht selbst zu achten vermögen und die sich unnötigerweise in ihre Gesellschaften drängen, das beweist nachstehende Tatsache:

Der Bauunternehmer, Herr L., der Kassierer der hiesigen „Volksbank“ ist, fühlt sich am wohlsten, in der deutsch-jüdischen Gesellschaft, und seit Jahren gehört er dem Vorstande des „Kriegervereins“ an. Dafür aber sehen wir unseren Herrn Kassierer niemals in unseren Versammlungen und Theatervorstellungen. Als er in diesen Tagen, wie gewöhnlich, in einem jüdischen Lokale verweilte, begegnete ihm unverhofft etwas Unangenehmes. Man begann, sich mit Kartenspiel zu vergnügen; nach kurzer Zeit erhebt sich einer der Spieler, ein gewisser Wirtschaftsbeamter der Ansiedlungskommission, von seinem Platz und sagt:

„Meine Herren, ich bedaure sehr, aber ich wußte nicht, daß ich mit einem dummen Polacken, der nicht einmal „mir“ und „mich“ von einander unterscheiden kann, am Tische saß, entschuldigen Sie daher, in einer solchen Gesellschaft kann ich nicht weiter spielen.“ Indem er Herrn L. noch mit einem schöneren Eigenschaftsworte bedachte, das man hier unmöglich nennen kann, warf er die Karten hin und entfernte sich vom Tische. Der Herr Kassierer verließ, anstatt zu antworten, das Lokal. Dieses Vorkommnis sollte eine Warnung für viele sein, namentlich für einen Herrn Besitzer, welcher gerne in diesem Lokale verkehrt.

Von der Redaktion: Unser Korrespondent schreibt, er habe Zeugen für obiges Vorkommnis, welches in der Tat ein trauriges Zeugnis gibt von dem Empfinden der nationalen Würde bei gewissen Herren. Das oben geschilderte Vorkommnis ist nicht die erste Erscheinung hafatistischer Hoffart in dem gemeinsamen Leben beider Nationalitäten. Was uns anbelangt, so freuen wir uns aufrichtig darüber, wenn die Deutschen denjenigen Polen, die sich ihnen aufdrängen, ordentlich eins auf die Nase geben.

Dem Korrespondenten danken wir dafür, daß er an uns gedacht hat und wir bitten ihn, uns von jeder Übertretung, welche den nationalen Pflichten gegenüber begangen wird, Mitteilung zu machen, er wird sich dadurch einer guten Sache dienstbar erweisen.

Aus Nr. 10 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 24. Januar 1905:

Herrn Josef Chociszewski in Gnesen.

Herr Josef! Sie fürchten sich dermaßen vor dir,
Daß ihnen auf dem Kopfe die Haare zu Berge stehen!
Malst du denn auf deinen Postkarten bissige Bremsen?
Kaninchen malst du!

Es ist wahr, daß der Michel sich auch vor ihnen
fürchtet,
Wie jeder Deutsche, den, wenn er einen Lechten
erblickt,

Ein Schauer überläuft, und der, welcher außer Gott
Keinen Feind in der Welt fürchtet,
Vor einem Polen erbleicht, erzittert,
Wie Espenlaub, wenn der Wind weht,
Sonst würden sie doch solch' entsetzliche Gesetze gegen
uns nicht schmieden,

Oder uns bis auf die Haut entblößen,
Doch, wenn sie nicht beißen können,
Werden sie für sie keine so schwere Plage sein,
Und (endlich) einmal wirst du den fortwährenden
Klagen und Beschwerden entgehen,
Vielleicht würden sie schließlich schon deinem
Leben Ruhe gewähren, du hast (schon) einige Kreuzchen,
Und immer (noch) machen sie Jagd auf dich, wie
auf einen Wolf,
Sogar von Leipzig her setzen sie (dir) nach,
Daß sie aber gute Schützen haben, weist du recht gut

Aus Nr. 18 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. Januar 1905:

Einführung von deutschem Religionsunterricht.

In der katholischen Schule in Wioska (Kr. Bomst) hat nach Veretzung des Herrn Lehrers B. der Kreis-
schulinspektor Herr Dr. Tolle aus Wollstein die Ver-
tretung dem evangelischen Ortslehrer übertragen. (In



Wioska besteht nämlich auch eine evangelische Schule.) Das würde zur Not noch angehen, — so schreibt man uns — und man ist sogar damit einverstanden gewesen.

Den Religionsunterricht aber, der bis dahin in der Muttersprache erteilt wurde, da die Kinder hier durch und durch polnisch sind und, wenn sie beginnen, die Schule zu besuchen, kein einziges Wort deutsch können, hätte man durchaus dem Lehrer aus dem nahegelegenen Gnin übertragen müssen. Indes überträgt der Herr Inspektor den Religionsunterricht dem deutschen Lehrer aus Rakwitz, obgleich dieser es fast noch einmal soweit hat. Die Einführung des deutschen Gebets und des deutschen Religionsunterrichts in allen Abteilungen erbittert das Volk, das seinen Glauben über alles liebt. Alle Väter nebst dem Schulvorstand haben zweimal feierliche Proteste bei dem Schulinspektor eingelegt mit der Bitte, den Religionsunterricht dem Lehrer aus Gnin zu übertragen, der auf ihre Bitte bereit ist, diesen Unterricht zu übernehmen, — aber vergebens! Sie haben daher beschlossen, ihr Recht bei der königlichen Regierung zu suchen. Es dauert Eimen, daß diese armen Kinder, die entweder garnicht oder unzulänglich deutsch können, in dieser Sprache das lernen müssen, was einst die Grundlage ihres Lebens und ihres Glückes sein soll.

Aus Nr. 19 des Wielkopolanin (Posen)

vom 24. Januar 1905:

Schulangelegenheiten.

In unserer Redaktion erschien am Sonnabend vormittag der in dem Expeditionsgeschäft von Brill u. Tuch beschäftigte Schaffner Mantowski mit seinem neun-jährigen Söhnchen und er legte uns nachstehende Sache vor:

Mein Söhnchen besucht das zweite Jahr die Schule und er ist in Klasse VI b der II. Schule an der Posadowskystraße. Der Herr Lehrer Stroh hat am Dienstag, den 17. Januar in der Rechenstunde den Knaben gezüchtigt. Beim Überlegen über das Knie hat er ihm die linke Hand verrenkt. Den so verletzten Knaben behielt er bis 1 Uhr Mittags in der Schule. (Der Knabe trägt heut noch den Arm in der Binde, was wir durch Inaugenscheinnahme feststellten.) Ungeachtet dessen hat der Klassenlehrer Herr Fiedler durch einen anderen Jungen einen Zettel mit der Aufforderung geschickt, der Knabe solle zur Schule kommen, widrigenfalls sich Herr Mantowski der Bezahlung von Schulstrafe aussetze.

Die Mutter des mißhandelten Knaben ging mit ihm am Mittwoch zu dem Rektor der Schule, um Beschwerde zu führen. Der Rektor sah sich die bandagierte Hand des Knaben an und sagte: „Was? Ist er Euch noch nicht gestorben? Schickt ihn morgen zur Schule!“ Dieser Äußerung etwas hinzuzufügen ist unnötig, — sie spricht für sich selbst.

Ein ärztliches Attest hat Herr Dr. Calvary ausgestellt. Den Wortlaut desselben wiederzugeben sind wir außer stande, da er der an den Staatsanwalt eingereichten, von dem Vater gegen den Lehrer angestregten Klage beigelegt ist.

Obiges Vorkommnis ist ein neuer Beweis der traurigen Lage unserer Schuljugend. Reugierig sind wir, ob der preußische Staatsanwalt die Sache zurückweisen wird.

Den Eltern bringen wir in Erinnerung, daß es durchaus nötig ist, sich im Falle der Züchtigung eines Kindes ein ärztliches Attest zu beschaffen, da ohne ein solches, wie Beispiele zur Genüge beweisen, Beschwerden nichts helfen.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 10 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 24. Januar 1905:

Eine blutige polnische Revolution

wollten die preußischen Polenfreßer durchaus im Königreiche Polen haben.

Als die Gazeta Grudziadzka seiner Zeit schrieb, daß die preußischen Polenfreßer die Polen mit den nichtswürdigsten Mitteln direkt zu einer blutigen Revolution drängten, da haben sich das Graudenzger Gericht und namentlich der Herr Staatsanwalt über diesen Artikel furchtbar geärgert.

Und doch haben eine ganze Reihe von polenfreßerischen Blättern, wie z. B. der Gesellige, das Posener Tageblatt u. a. die Polen im russischen Anteil unaufhörlich zu dieser Revolution förmlich gedrängt. Diese Blätter haben doch unaufhörlich diese polnische Revolution im Königreich Polen vorausgesagt, und zwar mit der größten Sicherheit und Entschiedenheit.

Na, wir glauben ja sehr daran, daß eine solche polnische Revolution, — sobald sich das polnische Volk im preußischen Anteile dazu unter gar keiner Bedingung hinreißen lassen sollte — wenn auch nur sogar im russischen Anteile, den preußischen Polenfreßern äußerst gelegen sein würde. Es brennt ihnen nur so auf der Seele, um der Welt sagen zu können, und vor allem der russischen Regierung: Seht ihr wohl, diese Polen sind doch unverbesserliche Aufwiegler und Revolutionäre! An Erleichterungen für sie darf man nicht denken! Für sie ist nur die Knete — Knete und abermals die Knete am Plage!

Wenn die polenfreßerischen Blätter und die polenfreßerischen Herren Preußen insgesamt mit solcher Sicherheit diese Revolution im Königreich voraus sagten und mehr von der Sache wußten, als die Polen selber, so mußte das seine Gründe haben.

Wir sind überzeugt, daß die polenfreßerischen Preußen ihre schmutzige Hand dabei im Spiele hatten, daß sie durch ihre Abgesandten — Aufwiegler — diese polnische Revolution hervorrufen wollten und daß sie aus diesem Grunde der Welt mit solcher Sicherheit verkündeten, daß im Königreich eine polnische Revolution ausbrechen werde.

Und wäre denn das so etwas Neues, wenn sie sich solcher Kunststücke bedienten? Mit solchen Kunststücken sind die polenfreßerischen Preußen doch vertraut. Wollte denn Bärensprung, der berühmte Präsident der Posener Polizei, seiner Zeit das polnische Volk zu einem Blutbade, zu solchen Mordtaten aufwiegeln, wie es die österreichischen Beamten im Jahre 1846 in Galizien getan haben?

Haben denn nicht im vorigen Jahre die russischen Behörden aufrührerische Aufrufe beschlagnahmt, die durch irgend welche deutsche Geistliche unter die polnische Bevölkerung zur Verteilung gelangten?

Wenn also die polenfreßerischen Preußen mit solcher Bestimmtheit eine blutige Revolution im Königreiche Polen vorhergesagt haben, so mußten sie dort offenbar durch ihre „Spitzel“ etwas inszenieren lassen, und darum wußten sie auch, daß dort etwas im Gange ist. Zum Glück ist dort aber dieser Trick nicht gelungen. Denn außer den durch Sozialdemokraten veranstalteten lärmenden Kundgebungen hat sich die polnische Bevölkerung ruhig verhalten. Aber auch diese sozialdemokratischen Kundgebungen sind durch Sozialdemokraten aus Preußen veranstaltet worden.

Also mit der polnischen Revolution ist es nichts, Ihr Herren Polenfreßer!

Aber das Schmerzlichste für diese preußischen Hezer ist das, daß sie sich nicht einmal von Seiten der Moskowiter Dank verdient haben. Sie dachten doch ganz bestimmt, daß sie sich, wenn nicht mehr, so doch mindestens Dank erwerben werden.

Doch es kommt anders. Zum Dank erlaubten die Moskowiter den polnischen Zeitungen, die schärfsten Artikel gegen die Preußen zu schreiben. Wir sagen, daß sie es — erlaubten; denn wie bekannt, besteht im ganzen russischen Reiche die Zensur, was zu bedeuten hat, daß nur das geschrieben werden darf, was die russische Zensur erlaubt. So hat also z. B. die *Gazeta Polska* in Warschau mit Erlaubnis der russischen Regierung geschrieben, daß es so wie so einmal mit den Preußen in Schlesien, im Herzogtum Posen und in Westpreußen ein schlechtes Ende nehmen wird. Die *Gazeta Polska* führt den Nachweis, wie in Ungarn und in Böhmen das Deutschtum allmählich hat nachgeben müssen, und nachher erklärt sie, daß es auch in unseren polnischen Landesteilen unter preußischer Herrschaft bei der günstigen Änderung der politischen Verhältnisse wird nachgeben müssen.

Das hat jedenfalls soviel zu bedeuten, daß der Moskowiter, sobald er seine Wunden aus dem japanischen Kriege geheilt haben wird, seine Tage auf die polnischen Landesteile unter preußischer Herrschaft legt und vielleicht wiederum alle Polen in einem neuen polnischen Staate unter seinem Schutze vereinigt.

Was? Wie gefällt den Herren Polenfreßern, die im Königreiche Polen durchaus eine Revolution injizieren wollten, diese Zukunftsmusik? Was? Was uns anlangt, so wissen wir nicht, was für eine Zukunft uns Gott beschieden hat; wir werden sie ruhig erwarten.

Was geschieht — ist Gottes Wille.

Aus Nr. 9 des *Pielgrzym* (Pielplin)

vom 21. Januar 1905.

Eine neue Drohung gegen die Polen.

Wir sind an die Berliner Drohungen schon so gewöhnt, daß sie uns garnicht mehr erschrecken.

Vor vielen Jahren schon drohte uns der Minister des Innern, indem er die denkwürdigen Worte aussprach: „Ihr müßet erst Deutsche werden — dann werdet Ihr Eure Muttersprache und Traditionen pflegen und als Polen leben können“.

Das waren ungefähr die Gedanken des Ministers Grafen Eulenburg. Obgleich hierauf eifrig zu arbeiten angefangen worden ist an der Vernichtung unserer Muttersprache und an der Einimpfung preußisch-deutscher Gesinnung sogar in die Herzen der polnischen Kinder, sind die Polen doch nicht deutsch geworden.

Ferner haben wir auch den ganzen Kulturkampf überdauert. Die mit rauher Hand vom Fürsten Bismarck gegen uns gerichteten Schläge haben uns nicht getötet und haben unseren polnischen Geist nicht gebrochen.

Daher ist auch keine Aussicht vorhanden, daß wir vor der neuen Drohung des deutschen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten erschrecken sollten. Wenn es nicht einmal dem eisernen Kanzler gelungen ist, seinen Plan zur Durchführung zu bringen, wie kann denn Graf Bülow daran denken, der doch zugeben muß, daß er in politischer Beziehung dem nicht gewachsen ist, den er sich in seiner Polenpolitik zum Muster genommen hat.

Die vorausgeschickten allgemeinen Betrachtungen müssen sich jedem aufdrängen, der den Bericht über die Landtagsverhandlungen vom 14. Dezember durchliest.

In dieser Verhandlung ist wiederum die polnische Frage aufgetaucht, obgleich sie unsere Bußenfreunde

sowohl jetzt wie früher ein für allemal gern begraben sehen möchten.

Darum waren auch unsere deklarierten Gegner, wie Graf Limburg-Styrum, Frhr. v. Zedlitz und Neukirch und andere gezwungen, die polnische Frage immer wieder zu berühren.

Es gibt unter den Deutschen jedoch auch Männer, die von dem, sei es natürlichen, sei es durch die Politik gebotenen Haß gegen die Polen nicht ergriffen sind. Einer von ihnen ist der Abgeordnete Herold, Mitglied des katholischen Zentrums, der in der letzten Sonnabendverhandlung die im Kampfe gegen die Polen angewendeten Mittel in ungefähr nachstehender Weise tadelte:

(Folgt gekürzte Rede des Abgeordneten Herold.)

Die Rede des Abgeordneten Herold muß im Hause einen tiefen Eindruck gemacht haben, da es der Reichskanzler selbst für erforderlich hielt, das Wort zu ergreifen. Als gutem Redner fiel es ihm nicht schwer, treffende, mitunter witzige Ausdrücke zu finden, um diesen, für die geblendeten Deutschen unangenehmen Eindruck zu verwischen und seiner Erwiderung auf die Rede Herold's wenigstens scheinbar den Stempel des Sieges aufzudrücken. Graf Bülow sagte:

(Folgt gekürzter Text der Rede.)

So lautete in ihren Hauptpunkten die Rede des Reichskanzlers. Diese seine neue Drohung erschrickt uns nicht, da wir, wie schon eingangs erwähnt ist, an derartige Drohungen gewöhnt sind. Es hat auch keinen Zweck, mit dem Grafen Bülow ein Wortgefecht zu führen, denn wer den Worten der Wahrheit nicht Gehör leihen will und sich von vorn herein sagt, daß niemand imstande sei, ihm eine andere Überzeugung beizubringen, der wird seinem Gegner niemals Recht geben.

Deshalb machen wir den preußischen Ministerpräsidenten auch nur darauf aufmerksam, daß er das Verhältnis der Polen zum preußischen Staate nicht der Wirklichkeit entsprechend dargestellt hat. Nicht wir Polen sind zuerst in den Kampf gegen das uns bedrückende preußische System getreten, sondern der preußische Staat — nicht wir haben zuerst mit dem Schießen begonnen, sondern diejenigen, welche die Geschicke dieses Staates leiten. Wir Polen vergießen unser Blut für die Größe und den Ruhm des Staates, wir zahlen Steuern. Unserer heiligsten Schätze, die wir aus den Händen Gottes empfangen haben, wollen wir uns nicht entäußern, unseren heiligen Glauben und unsere Muttersprache wollen wir rein erhalten, wir glauben fest an die geschichtliche Vorsehung Gottes, daß er uns inmitten der lebenden Nationen der Welt nicht untergehen lassen werde, — eine Verzichtleistung auf alle diese Schätze, auf diese unsere Ideale kann kein ehrjamer Mensch, umsoweniger und unter keinen Umständen können es die preußischen Minister von uns Polen verlangen.

Aus Nr. 10 der *Gazeta Grudziadzka* (Graudenz)

vom 24. Januar 1905:

In Gollub

ist, wie uns von dort mitgeteilt wird, die Stelle eines Arztes frei, da Herr Dr. Gerski nach Tremessen übergesiedelt ist, um die Praxis des Dr. Kapelski zu übernehmen. Die Praxis in Gollub eignet sich besonders für einen unverheirateten polnischen Arzt, worauf wir die Herren Ärzte hiermit aufmerksam machen.

Aus Nr. 17 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 21. Januar 1905:

Zoppot.

Die ständigen Einwohner von Zoppot, Hausbesitzer, Kaufleute, Handwerker, sind schon jetzt über die Hakatisten entrüstet, denn diese sind gegenwärtig im Begriffe, in diesem Badeorte eine Filiale des „Ostmarkenvereins“ zu gründen. Das ist eine Tat, die viele Polen, welche sich während des Sommers in diesem Bade aufhalten, sicherlich abschrecken wird, — und da diese Gäste stets bares Geld mit sich bringen, so wird ihr Ausbleiben sich bei den Einnahmen der städtischen Bürger ordentlich fühlbar machen. Einen Teil der Gäste aus dem Königreich Polen haben die Hakatisten schon früher durch ihren blinden Eifer abgeschreckt — jetzt halten sie sich immer mehr von diesem Bade fern. Es bleiben nur die wenigen übrig, die schon seit vielen Jahren das Bad gewohnheitsmäßig besuchen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 16 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 29. Januar 1905:

Die im Gleiwitzer Prozeß verurteilte polnische Jugend.

Wir haben ausführlich berichtet über die Gerichtsverhandlungen des Prozesses der polnischen Jugend aus Gleiwitz und Umgegend, der gegen diese wegen Bildung geheimer Verbindungen und wegen Veranstaltung geheimer Versammlungen angestrengt worden ist. Der Prozeß währte fast zwei Tage. Auf der Anklagebank saßen bisher noch völlig unbestrafte polnische junge Leute männlichen und weiblichen Geschlechts. Diese jungen Leute rekrutieren sich nicht aus den höheren Schichten der Bevölkerung oder aus der Intelligenz, sondern aus Kreisen des polnischen Volkes.

Vor ein paar Jahren hatten wir im Posenischen einen ähnlichen Prozeß der akademischen Jugend, wir hatten einen ähnlichen Prozeß der Gymnasialjugend, jetzt sahen wir zu Gleiwitz in Oberschlesien einen Prozeß der aus dem polnischen Volke stammenden Jugend zu.

Im ersten, zweiten und dritten Falle handelte es sich um eine polnische Sache, um das Studium der polnischen Literatur, der polnischen Geschichte, und hier in Gleiwitz auch um polnischen Schreib- und Leseunterricht. In allen drei Prozessen wurden die Angeklagten gerichtlich verurteilt. Im Gleiwitzer Prozeß wurde ein Teil der Angeklagten freigesprochen, der andere Teil wurde insgesamt zu ungefähr 4 Monaten Gefängnis und zu den Prozeßkosten verurteilt. Das Gericht erachtete es für erwiesen, daß sie geheime Verbindungen im Sinne des § 128 bildeten, deren Bestehen und Ziele vor den Behörden geheim gehalten werden sollten. Das preußische Gesetz bestraft solche Übertretungen, und die Angeklagten wurden gemäß diesem Gesetze verurteilt.

Wir sind weit entfernt, zur Bildung geheimer Verbindungen und zur Veranstaltung geheimer Versammlungen anzufeuern, denn als Bürger des preußischen Staates haben wir die Pflicht, die Landesgesetze zu beachten, die Ämter und Behörden zu achten. Hierzu verpflichtet uns das Landesrecht, und als Bürger des preußischen Staates müssen wir auf dem Standpunkt des Rechts stehen, um von diesem Standpunkt aus unsere nationalen und bürgerlichen Rechte verteidigen zu können.

Wenn wir auf diesem staatsrechtlichen Standpunkt stehen, wenn wir unsere Pflichten gegen den preußischen Staat erfüllen, haben wir als Polen und als Bürger das Recht zu fordern, was uns die Landesgesetze und die preußische Verfassung garantieren. Die preußische Verfassung gewährleistet uns das Recht, Versammlungen abzuhalten und Vereine zu bilden, ebenso wie den Bürgern deutscher Nationalität. Diese Garantie besteht für uns katholische Polen in Oberschlesien größtenteils nur auf dem Papier; in der Praxis, in Wirklichkeit können wir von diesem Rechte keinen Gebrauch machen. Wir können es deswegen nicht, weil wir infolge des von den polizeilichen Behörden Oberschlesiens ausgeübten Druckes Säle zur Abhaltung polnischer Versammlungen und politischer Volksversammlungen nicht erhalten können, was ebenfalls vor Gericht eidlich festgestellt wurde in dem bekannten Laurahütter Prozesse, der sich vor etwa Jahresfrist vor den Gerichten in Berlin abgespielt hat.

Die im Gleiwitzer Prozesse Verurteilten versammelten sich in Privathäusern zu Zusammenkünften und Plaudereien, um sich in der polnischen Sprache zu bilden. Die Verteidiger haben dargetan, dies sei noch kein organisierter Verein gewesen, und deswegen hätten es die Angeklagten nicht nötig gehabt, der Polizei hiervon Meldung zu machen. Das Gericht war anderer Ansicht und verurteilte einen Teil der Angeklagten. Wir wollen hier das gerichtliche Erkenntnis nicht kritisieren, denn in Preußen dürfen gerichtliche Urteile einer Kritik nicht unterzogen werden. Uns ist es darum zu tun, die Tatsache zu kennzeichnen, daß bei uns ein System existiert, welches uns die Einberufung polnischer Versammlungen und politischer Volksversammlungen unmöglich macht, obgleich wir ein geschriebenes Recht dazu haben.

Wenn dieses System nicht bestände, hätten die Verurteilten keinen Grund gehabt, in Privathäusern zu Plaudereien zusammenzukommen, denn sie hätten Säle, in denen sie sich vor den Augen der Behörde, der Polizei in der polnischen Geschichte, in der polnischen Literatur belehren, zur Verteidigung unserer Existenz, unserer nationalen Grundlagen anfeuern könnten, um unsere nationale Sache zu retten. Eine solche Verteidigung, eine solche Ermunterung brauchte die Unversehrtheit des preußischen Staates in nichts zu gefährden, denn uns ist es weder um die Vernichtung Preußens und Deutschlands noch um eine Aufwiegelung gegen die Behörden zu tun, sondern um eine rechtliche, gesetzliche Verteidigung unserer polnischen Existenz.

In den Verhandlungen wurde festgestellt, daß während der Plauderstunden zum polnischen Schreib- und Leseunterricht angeregt wurde. In der Schule wird polnisch nicht gelehrt, zu Sitzungen und Versammlungen können wir keine Säle erhalten, auf daß wir uns hierzu gegenseitig ermuntern und anregen könnten. In Privathäusern sind solche Zusammenkünfte verboten, denn sie werden als Bildung geheimer Verbindungen und als Veranstaltungen geheimer Versammlungen angesehen.

So sieht unsere, der Polen Lage unter preußischer Herrschaft aus.

Der Staatsanwalt Ronge hob auch den Umstand hervor, daß allein die Zugehörigkeit zum polnischen Sokol schon ein belastendes Moment ist. Weshalb denn? Man kann doch ein polnischer Sokol und dabei noch ein musterhafter Bürger des preußischen Staates sein. Das eine steht mit dem andern nicht in Widerspruch.

Wenn Herr Soltys eine Äußerung wie: „Die Deutschen sind die größten Schweine,“ getan hat, so können wir dies nicht loben. Wir Polen haben soviel Recht auf unserer Seite, wir ertragen soviel Unbilden,

unsere Sache ist so gerecht und billig, daß wir zu solchen Worten gar keine Zuflucht zu nehmen brauchen, wenn wir durch sachliche Beweisgründe alle diejenigen Unbilden dartun wollen, welche ein im preußischen Anteil geborener Pole schon von der Wiege bis zum Grabe erdulden muß.

Die polnische Jugend im Gleiwitzer Prozesse wurde nicht wegen schmutziger Vergehen verurteilt, wie wegen Diebstahl, Raubanfall usw., dessen sich jeder ehrliche und anständige Mensch schämen muß, sondern deswegen, weil sie der polnischen Sache während der Plaudereien in Privathäusern dienen wollte, was das Landesrecht nicht erlaubt.

Die polnische Volksgemeinschaft wird diese jungen Leute nicht verurteilen. Zu ihren Plaudereien kamen sie in edler Absicht zusammen, nämlich in der Absicht, sich zu bilden und die polnische Sprache, polnische Geschichte und Literatur zu lernen. Sie wurden verurteilt, denn das preußische Gesetz erlaubt derartige Zusammenkünfte nicht.

Die Bedeutung des Gleiwitzer Prozesses wird noch durch den Umstand hervorgehoben, daß die bisher nicht bestraften Angeklagten Kinder des polnischen Volkes sind.

Ohne im geringsten zur Bildung von Geheimbünden ermuntern zu wollen, — denn dies ist nicht erlaubt — drücken wir auch anläßlich des Gleiwitzer Prozesses den Wunsch aus, das ganze polnische Volk möge, seine nationale Verteidigung stets auf rechtliche und gesetzliche Grundlagen stützend, seiner polnischen Pflicht sich bewußt sein, seine Muttersprache und seine polnische Nationalität lieben.

Aus Nr. 10 des Katolik (Benthen D.S.)

vom 24. Januar 1905:

Deutsche Blätter berichten, daß Herr Korfanty aus dem Gornoslonzak auszuweichen, weil sich der Verlag nicht rentiere, und weil sich Herr Korfanty mit den anderen Redakteuren nicht vertragen könne. Er verhandelt angeblich mit der Gwiazda, um durch Kauf in den Besitz dieses Blattes zu gelangen.

Herr Kowalczyk beabsichtigt ebenfalls am 1. April aus dem Gornoslonzak auszuweichen.

So schreiben deutsche Blätter, der Gornoslonzak aber hat dies bis jetzt nicht in Abrede gestellt.

Aus Nr. 20 des Gornoslonzak (Kattowitz)

vom 25. Januar 1905:

Kattowitz.

Die hiesige Kattowitzer Zeitung hielt es wieder einmal für angemessen, unglaubliche Dinge über die inneren Verhältnisse im Gornoslonzak zu schreiben. Sie hat also bekannt gemacht, das Unternehmen des Gornoslonzak rentiere sich nicht, ferner Herr Korfanty habe sich mit seinen Redaktionskollegen entzweit, und schließlich beabsichtige Herr Kowalczyk aus dem Gornoslonzak spätestens am 1. April d. Js. auszuweichen.

Da an dieser Nachricht kein wahres Wort ist, übersandte Herr Piechulek, Redakteur, Leiter und Mitbesitzer des Gornoslonzak an die Kattowitzer Zeitung mittelst eingeschriebenen Briefes folgende Berichtigung.

1. Es ist nicht wahr, daß sich das Unternehmen des Gornoslonzak nicht rentiert

2. Es ist nicht wahr, daß sich Herr Korfanty mit irgend einem seiner Redaktionskollegen entzweit hat.

3. Es ist nicht wahr, daß Herr Kowalczyk aus dem Gornoslonzak auszuweichen beabsichtigt und zwar weder am 1. April, noch an einem andern Termin.

Als wir obige Berichtigung absandten, nahmen wir an, die Kattowitzer Zeitung werde noch soviel journalistische Ehrlichkeit besitzen, daß sie, nachdem sie die falsche Mitteilung gebracht, auch die Berichtigung veröffentlichen wird, es hat sich aber gezeigt, daß wir eine zu hohe Meinung von der Kattowitzer Zeitung hatten, denn sie hat unserer Berichtigung keine Aufnahme gewährt. Übrigens hätten wir dies schon voraussehen können, da sich die Kattowitzer Zeitung von dieser Seite wohl schon zur Genüge hat zu erkennen gegeben. Angesichts dessen bleibt uns nichts anderes übrig, als sie auf dem Gerichtswege zum Widerruf der Lüge zu zwingen.

Die fragliche lügenhafte Nachricht hat auch bereits der Katolik nach der Kattowitzer Ztg. an die Öffentlichkeit gebracht. Wir hoffen jedoch, daß der Katolik in Betracht der Beleuchtung dieser Angelegenheit von unserer Seite nicht verfehlt wird, ebenfalls eine entsprechende Berichtigung seiner Mitteilung, die er allzu begierig der durch ihre Lügenhaftigkeit bekannten Kattowitzer Ztg. entnommen hat, zu veröffentlichen.

Hierzu bemerkt der Katolik in seiner Nr. 38 vom 26. Januar 1905 nach kurzer Wiedergabe der vorerwähnten Berichtigung des Gornoslonzak was folgt:

Es ist also nur das eine wahr, daß Herr Korfanty aus der Redaktion des Gornoslonzak austreten wird.

Aus Nr. 17 des Dziennik Slaski (Benthen)

vom 20. Januar 1905:

Benthen.

In einer Gemeinde des Industriebezirks soll sich folgender Vorfall ereignet haben:

In dieser Gemeinde verhandelten die Gemeindevertreter immer polnisch, deutsch sprechen konnten sie nicht. In einer Versammlung der Gemeindevertreter erschien der Landrat, um sich zu überzeugen, ob die Vertreter wirklich nicht deutsch verstehen. Nach dem Beginn der Verhandlungen wurden diejenigen Beamten, welche deutsch nicht verstanden, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Es wurde betont, daß die deutsche Sprache allein in den Gemeindeberatungen benutzt werden dürfe. Dieser Aufforderung leisteten die polnischen Vertreter keine Folge, und sie sollen sofort deutsch gesprochen und an den Verhandlungen teilgenommen haben.

Dieser Vorfall (man weiß nicht, wie weit er auf Wahrheit beruht) soll nach hiesigen Blättern ein Beweis dafür sein, daß die Vertreter in jener Gemeinde durch ihr Bekenntnis, daß sie deutsch nicht verstehen, den Schulzen zwingen wollten, die Verhandlungen in polnischer Sprache zu führen. Ob dem so ist, wissen wir nicht. Jedenfalls ist eine solche Behandlung der Gemeindevertreter kein „Beweis“ für die Selbstverwaltung der Gemeinden, noch ein „Beweis“ des Wohlwollens gegen das polnische Volk.

Die Selbstverwaltung der Gemeinde ist durch die Verfassung verbürgt, mithin können die Gemeinden die Verwaltung ausüben, wie es ihnen beliebt, vorausgesetzt, daß keine Übertretungen der Landesrechte und -Gesetze vorkommen. Wie die Gemeindevertreter in ihren Sitzungen zu sprechen haben, das ist ihre Sache. Wenn die Gemeinde polnisch ist und wenn sie zur Regelung der Gemeindeangelegenheiten polnische Vertreter wählt, weshalb sollen da diese Vertreter die Gemeindeangelegenheiten nicht so beraten, wie es ihnen bequemer, leichter und verständlicher ist?

Oder soll etwa die polnische Bevölkerung nur Steuern zahlen und andere allgemeine sowie Gemeindefasten tragen und schweigen?

Aus Nr. 8 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)

vom 19. Januar 1905:

Aus dem Kreise Ratibor.

Aus Wojnowitz wird dem Ratiborer Anzeiger mitgeteilt, daß im dortigen „Kriegerverein“ polnisch verhandelt wird. Der in einer Versammlung anwesend gewesene Gendarm verlangte, daß der Vereinsvorsitzende deutsch sprechen solle, und drohte, im entgegengegesetzten Falle aus dem Vereine auszutreten. Als der Vorsitzende ungeachtet dessen polnisch sprach, verließ der Gendarm das Lokal. Wir haben hier also einen zweiten Fall einer kleinen Demunziation.

Aus Nr. 15 des Glos Slaski (Gleiwitz)

vom 19. Januar 1905:

R u d a.

Vor ungefähr einem Jahre wurden aus dem „Kriegerverein“ in Ruda 5 Mitglieder deswegen ausgeschlossen, weil der Verdacht vorlag, daß die einen von ihnen sozialdemokratische, die anderen polnische Agitation betrieben.

Drei der ausgeschlossenen Mitglieder gaben sich damit zufrieden, sie unternahmen keine weiteren Schritte und sagten sich: Wenn man uns dort nicht haben will, so werden wir in den „Kriegerverein“ nicht gehen, noch ihm angehören. Sie haben recht gehandelt. Die beiden anderen verklagten den „Kriegerverein“ wegen der Ausschließung. Die Angelegenheit kam vor die höchste gerichtliche Instanz, welche erkannte, daß die Ausschließung zu Unrecht geschehen ist, weil keine genügenden Gründe zur Ausschließung vorgelegen hätten. Infolgedessen beantragten die beiden ausgeschlossenen Mitglieder, wiederum als Mitglieder aufgenommen zu werden. Der Vorstand des Kriegervereins wollte sich damit nicht einverstanden erklären, und auf Verlangen des Verbandes der „Kriegervereine“ in Berlin, welchem diese Angelegenheit unterbreitet worden war, wurde der Rudaer Kriegerverein aufgelöst. Die Rudaer Krieger gründeten einen neuen Verein, welchem die ausgeschlossenen Mitglieder nicht angehören dürfen.

Wir wissen nicht, ob jene beiden ausgeschlossenen Mitglieder sozialdemokratische oder polnische Agitation betrieben haben, wie ihnen vorgeworfen wird. Was heutzutage „polnische Agitation“ und wer „polnischer Agitator“ ist, das braucht man nicht erst lange zu beweisen. Wer ein Pole ist, der ist schon polnischer Agitator, und wer sich zu seiner polnischen Nationalität bekennt, der betreibt polnische Agitation. Wenn beide ausgeschlossenen Mitglieder Polen waren, so muß man nur bedauern, daß sie den Vorstand der Rudaer Krieger verklagt haben, denn sie haben dadurch sowieso nichts erreicht. Wo man uns nicht haben will, dorthin sollen wir nicht gehen. Dies möge für alle Polen eine Warnung und Lehre sein. Für uns sind die polnischen Verbände und Vereine da, dort können wir etwas lernen, und wir werden wegen „polnischer Agitation“ nicht ausgeschlossen werden. In den polnischen Verbänden und Vereinen können wir uns in der Muttersprache als Landsleute von einem Blute und von einer polnischen Abkunft verständigen. Mögen die Deutschen den Kriegervereinen beitreten, mögen sie dort tun, was ihnen beliebt. Wir Polen — Katholiken wollen unseren polnischen und katholischen Verbänden und Vereinen beitreten.

Aus Nr. 17 des Gornoslazak (Skattowitz)

vom 21. Januar 1905:

Deutsch-Piekar.

Der hiesige, vor mehreren Jahren gegründete „Kriegerverein“ hinkt von Anfang an, worüber auch schon deutsche Blätter berichteten. Längere Zeit war der bekannte Gegner des Polentums Lehrer Zur Vorsitzender dieses Vereins. Vor mehr als einem Jahre wurde in diesem Vereine ein neuer Vorstand gewählt, in welchen auch polnische Arbeiter als Kassenrevisoren hineingelangten. Der Arbeiter Merta, der zu diesen Revisoren gehörte, soll die Kasse in vorschriftswidrigem Zustande vorgefunden haben, er drang auf den Vorstand ein, die Kasse gehörig in Ordnung zu bringen, und forderte die einzelnen Quittungen. Diesem widersetzte sich der Vorstand. Und so wurde gestritten, wenn ein größeres Recht zukommt, bis die Angelegenheit dem Beuthener Landratsamt unterbreitet wurde, welches den hiesigen Verein materiell unterstützt. Der Vorsitzende Zur rügte deswegen den Revisor Merta und forderte von ihm, im Beuthener Kreisblatt zu widerrufen, was er an das Beuthener Landratsamt geschrieben, wozu er ihm mehrere Tage zur Überlegung gewährte. Merta aber hielt seine Behauptung aufrecht und lehnte einen Widerruf ab, weswegen ihm der Vorsitzende mit der Einleitung des gerichtlichen Verfahrens drohte. Als aber die aus dem Arbeiterstande sich rekrutierenden Mitglieder ihrem „Kameraden“ Merta ebenfalls recht gaben, legte Herr Zur den Vorsitz nieder; an seine Stelle wurde sofort in der folgenden Versammlung Herr Merta zum Vorsitzenden gewählt. Auf der Stelle traten die deutschen Kollegen des Herrn Zur aus dem Verein aus und es blieben die Polen allein. Die Deutschen führen nicht mehr das Kommando über die hiesigen Polen, und daher kommt es, daß sie in den deutschen Blättern herum-schreiben.

Der Vorsitzende Merta stellte in einer Versammlung den Antrag, die Kassenangelegenheit solle auf Kosten des Vereins durch einen vereideten Revisor untersucht werden. Dieser Antrag wurde angenommen, obgleich die übrigen Vorstandsmitglieder die Herausgabe der Kassenbücher zu diesem Zwecke verweigerten. Gegenwärtig arbeitet also der Revisor an der ihm übertragenen Sache, und es muß das Ergebnis abgewartet werden; denn die Angelegenheit soll zur gerichtlichen Entscheidung gelangen. Am Sonntag, den 15. d. M., wurde für das laufende Jahr Herr Merta zum Vorsitzenden wiedergewählt, aber die polnischen Mitglieder haben keinen Grund, sich darüber zu freuen, denn ihr Vorsitzender, ein Arbeiter und Pole von Geburt, dessen hier in Piekar lebende Mutter kein Wort deutsch versteht, ist schon in den „Ostmarkenverein“ hineingeraten. Was ihn dazu bewogen hat, ob dieses neue Amt oder die Lust, irgend jemanden zu gefallen, ist schwer zu verstehen. Stets war es und wird es eine alte Wahrheit bleiben, daß der „Kriegerverein“ zur Germanisierung führt. Mögen sich die polnischen „Kameraden“ dessen nicht rühmen, daß sie das deutsche Kommando abgeschüttelt, denn es ist hier zur Genüge bewiesen, daß sie ohnedies den Deutschen unterstehen, denn der Vorsitzende ist zum „Ostmarkenverein“ übergetreten. Die Ziele dieser Vereine aber sind uns wohl bekannt.

Es beruht also nicht auf Wahrheit, wenn behauptet wird, die hiesigen Polen seien zu der Überzeugung gekommen, daß für sie im Kriegerverein kein Platz ist. Wenn sie aber nach Durchlesen dieser meiner Ausführungen im „Kriegerverein“ weiter verbleiben werden, so kann man nur bedauern, daß sie dem Deutschthum gegenüber so nachgiebig sind, obgleich sich

nur zwei Deutsche im Kriegerverein befinden. Die polnischen „Kameraden“ dürften wohl von allem Kenntnis erhalten, denn viele von ihnen lesen den „Katholik“, welchen ich angelegentlichst bitte, seinen Lesern darüber zu berichten und sie zur Besinnung zu bringen.

Ein Nicht-„Kriegerferajnist“.

Aus Nr. 16 des Gornoslazak (Kattowig)

vom 20. Januar 1905:

Aus der Hybniker Gegend.

Aus anderen Gegenden schreiben Arbeiter an unsern lieben Gornoslazak und sie verlangen auf diesem Wege eine Besserung ihres schweren Loses, von den hiesigen Gruben dagegen läßt sich niemand vernehmen. Man sollte annehmen, daß hier die Arbeitsverhältnisse gut sind, daß es keine Ursachen zu Klagen gibt. Allein dem ist nicht so. In letzter Zeit sind für die Arbeiter in einer Grube sehr schwere Zeiten angebrochen. Es ist hier ein Bergbeamter aus der Gegend von Beuthen Steiger geworden, welcher die Leute nicht so behandelt, wie es der Anstand verlangt. Er bedenkelt die Arbeiter mit Schimpfnamen wie: „verfluchte polnische Mäuler“ usw. Bei der Löhnung wirft er mit Donnerwetter nur so herum, und es wäre die höchste Zeit, wenn die Direktion jener Grube dem schneidigen Beamten eine solche Behandlung der Arbeiter verbieten wollte. Schon längst hätten sich die Arbeiter über diesen Beamten beschweren sollen, aber sie haben vor dem Verlust der Arbeit Angst. Daher schildere ich als Frau öffentlich jene Unzuträglichkeiten, und wenn auf Grund dieser Korrespondenz keine Wendung zum Besseren eintreten sollte, werde ich gezwungen sein, den Namen des Beamten und der Grube zu nennen. Man darf jedoch annehmen, daß diese wenigen Worte Erfolg haben werden.

Aus Nr. 21 des Gornoslazak (Kattowig)

vom 26. Januar 1905:

Jawornica. (?)

Das Gut des Herrn Heinrich soll unter benachbarte Wirte parzelliert werden. Der Termin ist auf den 11. Februar festgesetzt.

Aus Nr. 17 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)

vom 20. Januar 1905:

Aus der Parochie Schierokau

im Kreise Lublinitz.

Im Katholik lese ich vom Pfarrer Kassek und von anderen, wie sie das polnische Volk behandeln und wie sie es germanisieren wollen. Unsere Parochie besitzt etwa 4000 Seelen, insgesamt Polen, die hart wie eine Art sind. Es gibt sogar viele, die kein einziges Wort Deutsch verstehen. Indes nimmt unser Herr Pfarrer Wick wenig Rücksicht darauf; die Polen schilt er nicht selten. So wurde uns am Dreikönigsfeste von der Kanzel bekannt gemacht, daß am Sonntag den 8. Januar deutsche Predigt stattfinden wird. So geschah es auch. Die Kirche war mit polnischem Volke gefüllt und da beginnt die deutsche Predigt. Einer sah den andern an, verwundert, was da geschieht! Viele verstanden nichts von dieser Predigt und wollten die Kirche verlassen, niemand aber wollte der erste

sein, den andern Mut einzulösen. Die anwesenden Deutschen aber hätte man an den fünf Fingern zählen können, unter denen einige sogar gut polnisch verstehen.

Nach beendeter Andacht konnte man hören, wie sich die Parochianen beunruhigten und ärgerten.

Hier waren schon so viele Geistliche, allein noch keiner von ihnen hielt in der Parochialkirche während der Andacht der polnischen Parochianen eine deutsche Predigt. Hierin ist Herr Pfarrer Wick der erste. Andere Geistliche hielten hier ebenfalls schon deutsche Ansprachen, das war aber während der hl. Frühmesse, und überdies geschah dies sehr selten. Wenn es dem Herrn Pfarrer in der polnischen Parochie nicht gefällt, so möge er gehen, wo es Polen nicht gibt, wir Parochianen aber wollen an der polnischen Sprache festhalten und unsere Rechte schützen.

Ein Parochian.

Aus Nr. 17 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)

vom 20. Januar 1905:

Rozdzin.

Der hiesige Verein „Katholisches Kasino“ beging am 8. d. M. eine Christbaumfeier mit einer Verlosung von Geschenken. Es wurden Gäste eingeladen, die sich mit ihren Frauen und Kindern zahlreich einfanden. Ich bin kein Mitglied dieses Vereins, aber auch ich war geladen und ging zu dieser Feier, denn ich hatte vernommen, daß der Verein auch den Herrn Pfarrer und Kaplan eingeladen hat, und der Herr Pfarrer soll versprochen haben, daß beide erscheinen würden. Wir wollten wenigstens einen einzigen angenehmen Abend im Kreise unserer Frauen und Kinder mit unseren Seelsorgern verbringen. Wir waren etwa 200 Familien versammelt. Zwei Vorstandsmitglieder mieteten eine Droschke und begaben sich auf die Pfarrei, wir dagegen erwarteten im Saale den freudigen Augenblick, wo wir sie in unserem Kreise werden begrüßen können, als plötzlich die Kunde im Saale eintraf, daß die Geistlichen nicht erscheinen werden.

Liebe Leser, urteilt selbst, was in unseren Herzen vorging; ich will nicht, denn ich kann es nicht beschreiben.

Aber es ist mir nicht um den Vorfall zu tun, denn der Herr Pfarrer hatte vielleicht wirklich keine Zeit. Es handelt sich mir vielmehr darum, daß unsere Geistlichen niemals in polnischen Vereinen vorsprechen, während sie die deutschen besuchen, und dann klagen und bedauern sie, daß die Liebe des Volkes zu ihnen erkaltet. Man braucht sich aber nicht zu wundern, wenn in den heutigen Zeiten die Liebe zur Geistlichkeit immer mehr erkaltet. Mit welchem Maße jemand mißt, mit dem wird ihm gemessen werden. Die polnischen Parochianen wissen gut, mit welcher Liebe der hochwürdige Herr Pfarrer seine deutschen Parochianen umgibt. Der hiesige Gesellen-Verein feierte am zweiten Feiertage ebenfalls das gleiche Vergnügen, welchem beide Geistliche bewohnten. Ebenso konnte sich der „Volks-Verein“, in welchem der hochwürdige Herr Pfarrer Vorsitzender ist, gleichfalls ihrer Anwesenheit rühmen. Nur wir Polen hatten diese Ehre nicht.

Wir fallen die Worte eines gewissen, bereits verstorbenen Bischofs aus dem Westen Deutschlands ein: „Die Polen sind minderwertigere Katholiken“. — Die Mitglieder des hiesigen Vereins, welcher vom hochwürdigen Herrn Pfarrer Dembonczyk auf katholischer Grundlage gegründet wurde, beklagen sich also, und sie beklagen sich mit Recht. Unsere Geistlichen besuchen die „Vereine“ dieser „besseren“ Katholiken fast während jeder Versammlung, in die polnischen Vereine jedoch kommt das ganze Jahr niemand.

Mir fallen die Klagen ein, die unser Herr Pfarrer gerade an diesem Sonntage in der Predigt von der Kanzel gegen uns führte. Ich frage also, ob dieses polnische Volk solchen Geistlichen Liebe entgegenbringen kann, wenn diese mit dem Volke nie zusammenkommen wollen?

Wie oft kann man bei uns in der Kirche hören, daß von unseren Zeitungen abgeraten wird, sowohl auf der Kanzel, wie im Beichtstuhl? Vordem las ich ein anderes Blatt, allein auf das Drängen im Beichtstuhl mußte ich aufhören, es zu lesen. Ich abonnierte den Katolik, in der Beichte wurde ich aber wiederum genötigt, das Lesen dieses Blattes einzustellen, weil dies ebenfalls kein gutes Blatt sei. Zur Zeit des Pfarrers Abramski wurden während der Wahlen der Katolik und Wahlaufrufe in Massen verteilt. Wenn soll ich jetzt also Glauben schenken?

Bereits im verfloffenen Jahre beklagten sich die polnischen Parochianen über Germanisierung unserer Kinder während des Vorbereitungsunterrichts zu den hl. Sakramenten, weil diese Kinder das Gebet deutsch hätten verrichten müssen, obgleich der Unterricht polnisch gewesen sei, und oft hätten die Kinder mit dem Geistlichen deutsch sprechen müssen. Ich bitte euch Eltern also, seien wir auf der Hut vor der Germanisierung unserer Kleinen.

Schließlich bitte ich den hochwürdigen Herrn Pfarrer um der lieben Eintracht und Ruhe in unserer Parochie willen, er möchte gegen die Polen rücksvoller sein und alles vermeiden, was nach Germanisierung riecht. Das polnische Volk hat seine Rechte, und diese wird es schützen. Schon heut kann man nicht umhin, die Rechte des Volkes zu achten, denn nur in einem solchen Falle kann man in Eintracht und Freundschaft mit dem Volke leben.

(Ich ersuche die andern polnischen Blätter in Schlesien, diese Korrespondenz ebenfalls zu veröffentlichen.)

Ein polnischer Parochian.

Aus Nr. 11 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)
vom 13. Januar 1905:

Drzegow.

Hier wurde, angeblich zur Verbreitung der Bildung, ein deutscher „ferajn“ gegründet. Indes kann ein deutscher „ferajn“ unter dem polnischen Volke keine Bildung verbreiten, denn das Volk bedarf polnischer Bildung; die sogenannte deutsche Bildung kann dem Volke zum Nutzen nicht reichen, sondern sie kann nur die Germanisierung verbreiten.

Dem Vorstand dieses „ferajns“ gehören u. a. an der Schulze Herr Flach, Pfarrer Sigulla, mehrere Beamte und Lehrer.

Diesem „ferajne“ wünschen deutsche und kassatische Blätter schon heut, er möge eine „Säule und Stütze deutscher Kultur und deutschen Lebens“ sein.

Deutsches Volk gibt es in Drzegow nicht, und für die Handvoll Beamten ist ein solcher „ferajn“ nicht notwendig, denn sie halten sich ja selbst schon für gebildet und diese Bildung wollen sie andern zum Opfer bringen. Dieser „ferajn“ kann nur für das polnische Volk gegründet sein, und wie wir oben erwähnt haben, kann er der Sache des polnischen Volkes nur schaden.

Aus Nr. 16 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 20. Januar 1905:

Rybnik.

Die geehrten Mitglieder des polnisch-katholischen Vereins in Rybnik sowie alle diejenigen, welche aus der früheren Volksbibliothek (Czytelnia ludowa) in Smolna — später in Rybnik — Bücher entliehen und nicht zurückgegeben haben, werden ersucht, im Laufe von zehn Tagen diese Bücher bei Herrn Julius Pustelny in Rybnik neben der neuen Kirche abzugeben.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß man vom 1. Februar d. Js. ab aus der Volksbibliothek in Rybnik unentgeltlich Bücher wird leihen können. Wo, werden wir noch mitteilen.

Wenn in entfernteren Gegenden des Rybniker Kreises ebenfalls eine Bibliothek gewünscht werden sollte, bitten wir, sich an Herrn Julius Pustelny in Rybnik zu wenden.

Aus Nr. 16 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 20. Januar 1905:

Siemianowiz.

Achtung! Von Donnerstag ab werde ich Musik- und Gesangunterricht in meiner eigenen Wohnung, Parkstraße, Ecke Kurze Straße erteilen. Jeden Sonntag um zwei Uhr nachmittags werden ebenfalls dort Gesangstunden stattfinden.

Nähere Auskunft erteilt Herr Smielowski.

Josef Budzynski,
Musik- und Gesangsleiter in Kattowitz.

Aus Nr. 17 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)
vom 20. Januar 1905:

Wir erhalten folgende Erklärung:

Beuthen, den 19. Januar 1905.

Eine geehrte Redaktion ersuche ich um Veröffentlichung folgender Erklärung im Katholik und Dziennik:

Weil mir das Verhalten gewisser Persönlichkeiten nicht gefällt, war ich gezwungen, aus dem Konsum Unitas auszutreten, wovon ich diejenigen in Kenntnis setze, die auf mein Zureden hin dem Konsum beigetreten sind.

Achtungsvoll

A. Majewski,

früher Mitglied des Aufsichtsrats des Konsums Unitas.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 15 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 19. Januar 1905:

Landsleute!

Aus den Erzählungen und aus den Zeitungen ist es jedem bekannt, daß infolge der abfragenden Antwort des Verbandes der Grubenbesitzer unsere in den Gruben beschäftigten Brüder gezwungen waren, mit der Allgemeinheit der Arbeiter Hand in Hand zu gehen und zu streiken. Es ist hier nicht die Zeit und Gelegenheit, nachzuforschen, wer daran schuld ist, daß Hunderttausende von Arbeitern gezwungen seien müssen. Unsere und aller Landsleute in der Fremde und in der Heimat Pflicht ist es, diesen Armen in dem Kampfe um die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage

zu helfen. Wir können doch unmöglich mit Ruhe zusehen, daß polnische Familien, veranlaßt durch die versteinerten Herzen der Kapitalisten, Hungers sterben sollten. Zeigen wir, Brüder, daß wir den Unrigen in dem Kampfe nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat helfen wollen.

Deshalb wenden wir uns an alle Landsleute hier in der Fremde und vor allem an die Kaufleute und Handwerker, den für eine gerechte Sache kämpfenden Arbeitern die Hand zu reichen und sie zu unterstützen. Die Redaktion unseres Blattes nimmt Beiträge gern entgegen und wird zu diesem Zwecke von heute ab eine besondere Rubrik frei halten. Wir hegen die Hoffnung, daß die traditionelle polnische Opferwilligkeit auch hier die polnischen Arbeiter nicht im Stiche lassen wird. Sämtliche Beiträge bitten wir an das Bureau der „Polnischen Berufsvereinigung in Bochum“, Widumerstraße Nr. 6, oder an die Redaktion des Dziennik Polski zu senden. Über jede Spende werden wir der öffentlichen Kontrolle wegen in der Zeitung quittieren.

Uns Werk, Landsleute!

Die Redaktion.

Aus Nr. 18 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 22. Januar 1905:

A u f r u f !

Kameraden! Landsleute! Bürger!

Wie bekannt, ist in Westfalen und im Rheinlande ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Tausende von Polen sind infolgedessen arbeitslos geworden, sie haben daher auch keinen Verdienst und nichts zu ihrem Lebensunterhalt.

Sowohl die allgemeine traurige Lage der Bergarbeiter als auch die Arbeiter-solidarität zwingen die polnischen Arbeiter, mit dem Reste der Grubenarbeiter Hand in Hand zu gehen. Die Rücksichtslosigkeit der Grubenbesitzer, welche mit den Vertretern der Arbeiter sich nicht einmal in Vergleichsverhandlungen einlassen wollten, zwang die Arbeiter zum Streife.

Das Recht liegt unzweifelhaft auf Seiten der Streikenden, es ist somit auch Pflicht aller edel denkenden Menschen, die um ihr gutes Recht kämpfenden Bergleute zu unterstützen und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat und für die Streikenden Geld zu spenden, damit sie in der Zeit des Ausstandes nicht dem Hunger und Elend ausgesetzt wären.

Es handelt sich hier um Tausende des polnischen Volkes, das unter keiner Bedingung anders handeln konnte, als sich an dem allgemeinen Streife zu beteiligen.

Landsleute! Es handelt sich hier um unsere Brüder, es handelt sich darum, daß der Bergarbeiter für seine Arbeit unter Tage den ihm gebührenden Lohn erhielt, daß man mit ihm in menschlicher Weise verführe.

Wem das Schicksal der polnischen Arbeiter in der Fremde nicht gleichgültig ist, der möge diesen Leuten helfen. Jeder, auch der kleinste Betrag ist uns angenehm. Die Opfer für die Streikenden können an den „Polnischen Berufsverband in Bochum“, Widumerstraße 16 oder an die Redaktion dieses Blattes gesandt werden. Über alle Beiträge wird öffentlich quittiert werden.

Landsleute! Denket daran, daß doppelt gibt, wer bald gibt!

Polnischer Berufsverband.

Bemerkung: Wir bitten alle polnischen Blätter um Aufnahme obigen Aufrufs und um hilfsbereite Vermittlung bei der Sammlung von Beiträgen.

Schon im voraus sagen wir sowohl den Zeitungen wie auch den Spendern für die tätige Unterstützung unseren allerherzlichsten Dank und schließen nach Arbeiterweise mit einem „Grüß Gott!“

Aus Nr. 15. des Wiarus Polski (Bochum)

vom 15. Januar 1905:

Bericht über die Tätigkeit des St. Nikolausvereins in Stoppenberg.

Stoppenberg.

Am Tage der Gründung unseres Vereins, den 21. Februar 1904 traten 29 Landsleute bei, im Laufe des Jahres noch 18. Zwei traten zum Militär ein. Gegenwärtig zählt der Verein 45 Mitglieder. Es fanden 17 ordentliche und drei Generalversammlungen statt. Der gegenwärtige Kassenbestand beträgt 241,80 Mk. In den Vorstand wurden für 1905 gewählt: Adam Zyber (Vorsitzender), Anton Zygmonek (Vertreter), Stanislaus Grembowski (Schriftführer), Stefan Skrzypczak (Vertreter), Stefan Nowak (Schatzmeister), Stefan Skrzypczak (Vertreter), Franz Mrowinski (Bibliothekar), Franz Zyber (Vertreter), Franz Kasperski (Fahrenträger), Andreas Grabowski (Vertreter), Adalbert Samol und Johann Bedziak (Assistenten), Michael Zalka und Josef Grajewiak (Vertreter), Anton Gronowski und Josef Grabowski (Beisitzer).

Die Sitzungen finden an jedem ersten und dritten Sonntage eines jeden Monats statt.

A. Zyber,
Vorsitzender.

St. Grembowski,
Schriftführer.

Aus Nr. 15 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 19. Januar 1905:

H ö r d e.

Der St. Valentinverein in Hörde hat am Sonntage seine Jahresgeneralversammlung abgehalten. Es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied des Vereins von jetzt an jeden Monat 30 Pfennige zahlen soll, d. i. 5 Pfennig mehr als bisher. Dafür werden im Falle des Todes eines Mitglieds, ebenso im Falle des Todes der Frau nach einjähriger Zugehörigkeit zum Verein 20 Mark, nach 2 Jahren 25 Mark, nach 3 Jahren 30 Mark usw. für jedes Jahr 5 Mark mehr gezahlt bis zum Höchstbetrage von 50 Mark. Der Verein läßt für ein verstorbenes Mitglied eine Trauermesse lesen, ferner bezahlt er die Abkündigungen für ein Jahr und eine Rosenkranzandacht. Die Mitglieder nehmen auch an der Beerdigung teil. In den Vorstand wurden nachstehende Mitglieder gewählt: Zum Ehrenvorsitzenden Dekan Josef Ziegeweid, zum Vorsitzenden Johann Sarzybok, zum Vertreter Andreas Rosik, zum Schriftführer Johann Matelka, zum Vertreter Josef Tobolski, zum Schatzmeister Michael Mackowiak, zum Vertreter Anton Stoinowski, zu Beisitzern Adam Gawroncki und Josef Otomanski, zum Bibliothekar Theofil Wozny, zum Vertreter Anton Kociemba, zum Fahrenträger Johann Nowaczyl, zum Vertreter Franz Mlyneczak, zu Fahnenjüngern Thomas Mlyneczak und Franz Kojinski, zu Vertretern Johann Lawicki und Johann Borkowski, zum Theaterleiter Josef Otomanski, zum Vertreter Josef Mlyneczak, zu Kassenrevisoren Thomas Karnit und Leo Paluszkiwicz.

Die Sitzungen finden jeden zweiten und vierten Sonntag des Monats im katholischen Gesellenhause nachmittag 3½ Uhr statt. Wir ersuchen alle Lands-

leute aus Hörde und Umgegend den polnischen Vereinen, nicht aber deutschen, beizutreten, denn die Polen sollten sich nur zu polnischen Vereinen verbinden.

Josef Matelka, Schriftführer.

Aus Nr. 15 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 19. Januar 1905:

Essen.

Jahresbericht des St. Josephevereins in Essen.

Unser Verein ist im Jahre 1895 gegründet worden, er besteht mithin 10 Jahre. Am 8. Januar fand die Generalversammlung und die Wahl des neuen Vorstandes statt. Ihm gehören jetzt an: Peter Skolarski (Vorsitzender), Michael Szymkowiak (Vertreter), Vinzent Sosnowski (Schriftführer), Valentin Szajek (Vertreter), Franz Szymkowiak (Schachmeister), Johann Pawelski (Vertreter), Vinzent Duda (Bibliothekar), Ludwig Sobkowiak (Vertreter), Leon Merczynski und Andreas Przybylski (Kassenrevisoren), Philipp Hinc (Fahnen-träger), W. Szajek (Vertreter), Johann Pawelska und Johann Kenj (Assistenten), St. Smigelski und Wladislaus Mojczewski (Vertreter), St. Kwapiczewski und St. Jalisz (Beisitzer). Die Sitzungen finden alle 14 Tage statt.

Aus Nr. 17 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 21. Januar 1905:

Unser Fritz.

Der St. Barbara-Verein in Unser Fritz hielt seine Generalversammlung ab, in welcher nachstehender Vorstand gewählt wurde:

Nikol. Ochmann, Vorsitzender; Joh. Oles, Stellvertreter, Stan. Stachowiak, Schriftführer; Frz. Adam, Stellvertreter; Sim. Nowacz, Kassierer; Ant. Roga, Stellvertreter.

Unser Verein zählt bereits 53 Mitglieder, man kann daher sagen, daß unsere polnische Jugend gerne Unterkunft in den Vereinen sucht und nach Aufklärung trachtet, die uns sehr nötig ist, denn ein Mensch ohne Aufklärung ist zu keiner Arbeit fähig. Wir wenden uns daher an unsere Gesamtheit: Brüder, werfen wir die uns feindlich gesinnten Blätter aus unseren Häusern bestellen wir uns eine polnisch-katholische Zeitung und vor allem den „Wiarus Polski“. Wir bitten die geehrten Landsleute aus „Unser Fritz“ und Umgegend, wie bisher, so auch fernerhin unserem Verein recht zahlreich beizutreten.

Nikolaus Ochmann, Vorsitzender,
Stan. Stachowiak, Schriftführer.

Aus Nr. 17 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 21. Januar 1905:

Marxloh.

Bericht über die Tätigkeit des St. Stanislausvereins für das Jahr 1904.

Am 1. Januar 1905 fand die Generalversammlung statt. In den Vorstand wurden gewählt: Johann Galbierz (Vorsitzender), Frz. Szymanski (Stellvertreter), Adalb. Szymanski (Schriftführer), Lud. Plajzy (Stellvertreter), Joh. Cieluch (Kassierer), Johann Szof (Stellvertreter), Theophil Szof (Bibliothekar), Joh. Filipczak (Stellvertreter).

Der Verein besitzt auch eine Bibliothek, die aus 130 Bänden besteht. Zahlende Mitglieder hat der Verein 118.

W. Szymanski, Schriftführer.

Aus Nr. 17 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 21. Januar 1905:

Lünen = Süd.

Der St. Barbara-Verein hielt am 15. Januar seine Generalversammlung ab, in welcher folgender Vorstand gewählt wurde: Andreas Golau (Vorsitzender), W. Kramer (Stellvertreter), Joh. Kais (Schriftführer), Frz. Sulczynski (Stellvertreter), Jof. Brygier (Kassierer), Frz. Dudziak (Stellvertreter), Stan. Rapturczak (Bibliothekar), Andr. Koszyk (Stellvertreter).

Aus Nr. 19 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 24. Januar 1905:

Steele.

Der St. Peter-Verein hielt am 15. Januar seine Jahresgeneralversammlung ab. In den Vorstand wurden gewählt: Joh. Misiorny (Vorsitzender), Peter Mondry (Stellvertreter), Adalb. Grzeskowiak (Schriftführer), Ant. Skorupski (Stellvertreter), Ignaz Skorupski (Kassierer), Joseph Studlowski (Stellvertreter), M. Bezgkowiak (Bibliothekar), Raj. Juzwiak (Stellvertreter).

Grzeskowiak, Schriftführer.

Aus Nr. 19 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 24. Januar 1905:

Günigfeld.

Bericht

über die Tätigkeit des St. Egidius-Vereins.

Dem Verein gehören gegenwärtig 66 Mitglieder an. Die Einnahmen betrugen im verflossenen Jahre 420,90 Mk., die Ausgaben 404,95 Mk. An Krankenunterstützungen wurden 85,50 Mk. gezahlt. In der Bibliothek befinden sich 213 Bücher. In den Vorstand wurden gewählt: Val. Andrzejewski (Vorsitzender), Frz. Nowak (Stellvertreter), Val. Szymyslik (Schriftführer), Joh. Kazubek (Stellvertreter), Jof. Andrzejewski (Kassierer), Tom. Stachowski (Stellvertreter), Joh. Marcinkowski (Bibliothekar), Mich. Jakob (Stellvertreter).

Das Versammlungslokal verbleibt beim Gastwirt Herrn Darenrecht.

Fr. Musielak,
ehemaliger Vertreter des Schriftführers.

Aus Nr. 19 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 24. Januar 1905:

Barop.

Am 1. Januar fand die Jahres-Generalversammlung des Johann Nepomuk-Vereins statt. Die Einnahmen betrugen 1013,25 Mk., die Ausgaben 887,02 Mk.; es verbleiben somit in der Kasse 126,23 Mk. Das Gesamtvermögen unseres Vereins beträgt 1263,73 Mk., 1000 Mk. befinden sich in der Bank, den Rest verwaltet der Kassierer. In den Vorstand wurden gewählt: W. Graczyk (Vorsitzender), J. Dratwinski (Stellvertreter), Johann Bednarek (Schriftführer), Stan. Szafran (Stellvertreter), Bor. Janowski (Kassierer), Jof. Szymura (Stellvertreter), Ign. Skroszynski (Bibliothekar), Stan. Szymka (Stellvertreter).

Der Verein hat 174 Mitglieder. An Krankenunterstützungen wurden im abgelaufenen Jahre 420,35 Mark ausgezahlt. In der Bibliothek befinden sich 252 Bücher, von diesen gehören 25 Bände unserem Verein.

J. Bednarek, Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 6 des Czas (Krakau)

vom 9. Januar 1905:

Ein russisch-polnischer Kongreß.

Einer der Verfasser der zuweilen in der Zeitschrift Aus erscheinenden *Listy polskie* (polnische Briefe) machte den Vorschlag, zwecks Vorbereitung oder vielmehr Besprechung von Kompromiß-Bedingungen einen Kongreß der dem Versöhnungsgedanken huldigenden Polen und Russen einzuberufen. Die Redaktion der Aus nahm den Gedanken auf und unterstützte ihn durch Argumente, obwohl sie auch ihre Zweifel dahin zum Ausdruck brachte, obwohl auch beide Teile gehörig vorbereitet seien, um sich in dem Kongreß über die Sache auszulassen. Jedenfalls ist sie der Ansicht, daß der Versuch eines persönlichen Meinungsaustausches zwischen Leuten von verschiedenen gesellschaftlichen Beschäftigungen und Stellungen mehr nützen könne, als die endlosen Polemiken und Auseinandersetzungen in den Blättern. Eine der größeren Schwierigkeiten für das Zustandekommen des in Aussicht genommenen Kongresses bildet die Auswahl des Ortes selbst, an welchem er stattfinden könnte. Die Aus sagt: „Man könnte in einer russischen, polnischen oder neutralen Stadt zusammenkommen. Von den polnischen Städten würde sich Krakau, das polnische Athen, der einzige größere Sammelplatz, der sich einer gewissen Freiheit erfreut, am meisten dazu eignen, weil aus Polen die Preußen die ungebetenen Gäste hinausbitten könnten; in Warschau könnten ebenfalls gewisse Unzuträglichkeiten bei der Verwirklichung des beabsichtigten Projekts entstehen, übrigens würden nach Warschau die ausländischen Polen nicht kommen, vielleicht nicht kommen können. Lemberg — eine größere Stadt — bietet aber ebenfalls gewisse Unzuträglichkeiten wegen der Abrechnungen der Ruthenen mit den Polen. Von den russischen Städten muß an erster Stelle natürlich Petersburg, als der Mittelpunkt russischer Intelligenz, mit welcher die Polen verhandeln sollen, genannt werden. Von den neutralen Städten würde sich das böhmische Prag empfehlen, wo das slawische Leben so stark pulsiert, wo schon so viele verschiedene Slavikongresse stattfanden und wo der russisch-polnische Kongreß eine wohlwollende, ja sogar enthusiastische Aufnahme finden würde und sowohl die Russen, als auch die Polen sich wie zu Hause, in ihrer eigenen Familie fühlen würden.“

„Wenn die ersten Beratungen — schreibt die „Aus“ weiter — glatt vonstatten gehen sollten, so wird es bei dem Kongreß nicht bewenden, es wird deren eine ganze Anzahl folgen, den Ort der freundschaftlichen Zusammenkünfte werden dann auch Petersburg und Krakau bilden. Für die erste Versammlung jedoch wird das neutrale, jedenfalls aber slawische Prag am entsprechendsten sein. Dort wird niemandem zu nahe getreten oder Gleichgültigkeit entgegengebracht werden, jeder wird sich heimisch fühlen.“

Der Vorschlag selbst, die Versammlung in Prag stattfinden zu lassen, wird nach Ansicht der Aus dem geringsten Widerstand und Mißtrauen begegnen, denn er wird niemanden zu irgendetwas verpflichten, er wird niemandem zu nahe treten oder ihn, im Falle des Mißlingens, bloßstellen. Die Hauptsache ist nämlich die, — es wird jeglicher Anschein von Canossa vermieden werden. Für viele, namentlich für die Polen, die so nervös sind, ist dies aber von nicht geringer Bedeutung. Der Kongreß wird zwar infolge der großen Entfernung Prag's kein allzu zahlreich besuchter sein; aber man kann zum ersten Mal keine größere Anzahl von Teilnehmern erwarten, sie ist sogar un-

nötig. Der erste Kongreß wird ja nur eine Vorbereitung zur Ausarbeitung grundsätzlicher Programmpunkte für die künftigen Erörterungen und zum ersten gegenseitigen Sichkennenlernen sein.“

Da nun einige Verfasser der *Listy polskie* (Polnische Briefe) ihr Bedauern anlässlich des Schweigens der Warschauer polnischen Presse in der Angelegenheit, betreffend die russisch-polnische Ausöhnung, zum Ausdruck brachten, teilt die Redaktion der Aus ihre Ansicht darüber, wie folgt, mit: „Die polnische Presse in Warschau hat leider unter dem Einfluß von von ihr unabhängiger Umstände in der von uns angeregten polnischen Frage bis jetzt keine gehörige Stellung einnehmen können. Und dies war kein geringes Hindernis, um die gute Sache einen Schritt weiter zu bringen. Sollte dieser Zustand weiter fortbestehen und sollten die Warschauer Blätter nach wie vor in der vorliegenden Frage Schweigen bewahren müssen, so würde eine größere Beteiligung seitens der polnischen Gesamtbevölkerung an den künftigen Beratungen unmöglich sein. Wir sind jedoch fest überzeugt, daß dieser Zustand sich ändern wird. Im entgegengesetzten Falle würde der letzte Zarenukas ohne Einfluß auf die Richtung der örtlichen Verhältnisse, also auch auf das Leben selbst bleiben.“

Unsererseits brauchen wir wohl bei dieser Gelegenheit nicht erst hinzuzufügen, daß vor der Erörterung über die Wahl des Versammlungsortes, die Frage hätte durchberaten werden müssen, wer sich an einem derartigen Kongreß beteiligen, auf Grund welchen Mandats und über welche Mittel der Ausöhnung er beraten soll? Es würde sich dann wohl zeigen, daß der Vorschlag einer edlen Eingebung und dem besten Willen, welcher der Einigkeit und Gerechtigkeit dienen will, entsprungen ist, daß er jedoch nur den Wert einer literarischen Eingebung, ohne die Möglichkeit und die Bedingungen der Verwirklichung besitzt.

Aus Nr. 26 des *Slowo Polskie* (Lemberg)

vom 16. Januar 1905:

Die Ursachen des Eingehens des Kurjer Poznański.

Der Posener Berichterstatter der *Gazeta Narodowa* enthüllt die geheimen Ursachen des Eingehens des Kurjer Poznański. In der Erklärung dieses Blattes, welche die Notwendigkeit des Eingehens des Verlages begründet, wurde angegeben, daß der „Kaufmann“, auf welchen gerechnet wurde, d. i. die St. Adalbert-Druckerei und Buchhandlung, in deren Geschäftsräume der Kurjer Poznański infolge Auflösung der Druckerei des Herrn Jr. Tomaszewski unlängst hinübergewandert war, die Übernahme des Verlages des Kurjer Poznański abgelehnt habe. Da die vorerwähnte Firma vom Herrn Erzbischof v. Stablewski zu Diözesanzwecken gegründet wurde und mit großen Kapitalien arbeitet, so bedeutet diese Ablehnung, daß der Herr Erzbischof sich mit der heutigen Richtung dieses Blattes nicht solidarisieren will.

Unter der Redaktion des Geistlichen Zimmermann trat der Kurjer Poznański in letzter Zeit sehr energisch gegen die Regierung und die deutsche Geistlichkeit auf. In seinen Spalten erschienen nicht für die Allgemeinheit bestimmte Urkunden, wie z. B. Erlasse des Oberpräsidenten der Provinz Posen v. Waldow an die geistlichen Behörden mit der Forderung, deutsche Predigten einzuführen. Dies alles reizte die preussischen Behörden sehr, welche sich beschwerdeführend an die Diözesan-Verwaltung wendeten. Die letztere erklärte sogar, daß der Kurjer nicht ihr Organ sei, doch half dies wenig.

Einer der Geistlichen ließ sich unter anderem zu dem Berichterstatte der Gazeta Narodowa dahin aus:

„In welcher Lage befand sich dem gegenüber unsere Behörde! Der Herr Bischof Wikowski machte in Vertretung des erkrankten Erzbischofs den Geistlichen Zimmermann wiederholt darauf aufmerksam, daß der Kurier die geistliche Behörde großen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten aussetze, daß er nur den deutschen Geistlichen der Regierung gegenüber helfe, daß er unserer ganzen Geistlichkeit den Vorwurf großpolnischer Agitation zuziehe und der Regierung zu neuen Repressalien Veranlassung gebe. Der Geistliche Zimmermann blieb eigenständig und schrieb immer schärfere Artikel, sich damit entschuldigend, daß die Gesellschaft in grundsätzlichen Dingen ein entschiedenes Auftreten verlange und er der geistlichen Behörde sogar einen Gefallen erweise, wenn er die Forderungen der Gesellschaft öffentlich vorbringe und die geistlichen Germanisatoren im eigentlichen, kompromittierenden Lichte darstelle. Wie könne also die geistliche Behörde gestatten, daß eine derartige kirchliche Anstalt, wie die St. Adalbert-Druckerei, welche sich im Besitze der Geistlichkeit befinde, den Kurier kaufe. „Und wissen Sie auch, mein Herr, daß man mit der Schließung des Priester-Seminars in Posen gedroht hat, weil aus ihm angeblich junge Geistliche mit einem dem Deutschtum höchst feindlichen Geiste hervorgehen?!“

Somit ist also die Angst des Herrn Erzbischofs v. Stablewski die Ursache des Eingehens eines Blattes, welches gerade in letzter Zeit einen lebhafteren Aufschwung gewann und mit dem Dziennik Poznański in günstigen Wettbewerb zu treten anfing?

In der Provinz werden jedoch Stimmen laut, welche behaupten, daß der Kurier nicht fallen und sich im letzten Augenblick ein Käufer finden werde. Man will wissen, daß der Geistliche Wawrzyniak, der bekannte Patron polnischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welcher gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats des Kuriers und Verwalter der St. Adalbert-Druckerei ist, den Kurier ankaufen und ihn vielleicht unter einem anderen Namen, jedoch in demselben Geiste herausgeben werde. —

Aus Nr. 16 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 10. Januar 1905:

Briefe aus Posen.

Posen, den 6. Januar 1905.

Unsere Auswanderung. — Die Geistlichkeit und die polnische Gesellschaft.

Die Lebenskraft unseres Volkes, welches nach Westen, nach Westfalen und der Rheinprovinz auswandert, lenkt fortwährend die Aufmerksamkeit der Deutschen auf sich. Jetzt läuft wieder in der deutschen Gesamtpresse eine kurze, aber recht bezeichnende Statistik unserer nationalen Kräfte im Herzen Deutschlands um. Ohne Unterschied der politischen Färbung lassen sich alle deutschen Blätter des weiten und des breiten über unsere Auswanderer und deren Organisation aus. Ist das nicht etwa ein Manöver, darauf berechnet, von der Regierung Gehaltszulagen und Unterstützungen für die Germanisatoren zu erpressen, denn am 10. Januar kommt der preussische Landtag zusammen und es fangen dann die Beratungen über den Etat an, in welchem sich immer die zur Ausrottung des Polentums erforderlichen Beträge befinden. Ich führe hier aus den deutschen Blättern diejenigen Punkte an, welche zur Charakterisierung des polnischen Volkes, das dort in der Fremde, ohne Schutz der nationalen Geistlichkeit

und der polnischen Intelligenz sich selbst regiert, selbst Nationalpolitik treibt und ausschließlich aus eigener Kraft einen erbitterten Kampf gegen den deutschen Drang führt, sehr interessant sind.

Unter unseren Landsleuten herrschen im Westen Deutschlands recht interessante Zustände. Das Allpolentum blüht dort im wahren Sinne des Wortes, denn die Stammesunterschiede verwischen sich, dort leben Großpolen, Schlesier, Preußen, Masuren zusammen als Polen neben einander, verbinden sich zusammen in Vereinen und kämpfen gemeinschaftlich um ihre Rechte und nationalen Sonderheiten. Interessant ist auch die Rückwirkung unserer Auswanderung auf das Heimatland. Ich sprach unlängst mit einem hervorragenden nationalen Agitator aus Oberschlesien über die Auswanderung und hörte aus seinem Munde folgende Ansicht:

„Mein Herr, ich betrachte Westfalen als eine politische Akademie für unser Volk. Diejenigen Schlesier, welche gleichgültig gegen die nationale Sache sind und nach Westfalen verziehen, kehren von dort als eifrige und fertige polnische Bürger nach der Heimat zurück. Wenn in der Heimat in einem Dorfe ein ehemaliger Auswanderer sich niederläßt, so weckt er in der ganzen Gegend das Nationalbewußtsein, gründet Volksbibliotheken und verbreitet nationale Blätter. Überall fühlt man seine Arbeit und Tätigkeit und während des Wahlkampfes liefern die ehemaligen Auswanderer die besten Agitatoren. Die wirtschaftlichen Folgen der Auswanderung sind zu bekannt, deshalb erübrigt es sich, darüber zu sprechen.“

So sprach der schlesische Agitator und wir hier in der Provinz sehen dasselbe und bestätigen diese Erscheinung.

Ich komme jedoch auf die von der ganzen deutschen Presse wiedergegebenen Tatsachen zurück, welche zuerst als Originalartikel über unsere Auswanderer in den Westfälischen Politischen Nachrichten erschienen waren.

Laut Bericht dieses Blattes hat sich die Presse um den Dziennik Polski vermehrt, welcher in Dortmund unter der Redaktion des Ignaz Zminski erscheint und in national-demokratischem Geiste redigiert wird. Vom 1. Januar d. Js. ab soll der sozialdemokratische Berufsverband der Hüttenarbeiter beabsichtigen, einen polnischen Abdruck seines Organs für die Agitation unter den polnischen Bergarbeitern herauszugeben. Nebenbei will ich bemerken, daß dies wohl schon der dritte Versuch der Sozialdemokraten ist, welche trotz der früheren Mißerfolge zu den polnischen Arbeitern gelangen wollen.

Die Anzahl der polnischen Vereine hat sich in dem laufenden Jahre bedeutend vermehrt. In Westfalen und in der Rheinprovinz bestehen 40 Sokolvereine und die deutsche Presse hebt es mit Grauen hervor, daß es deren im Westen Deutschlands mehr gibt, als in Großpolen. Die Sokolvereine teilen sich in 3 Gane. Außer den Turnvereinen sollen im vergangenen Jahre etwa 25 andere Vereine entstanden sein. Der Polenverband veranstaltete etwa 40 Volksversammlungen, an welcher sich immer gegen 1500 Menschen beteiligten; er verbreitete hunderttausende polnischer Bibeln; er berief auch einige Frauenversammlungen ein, in welchen die Mütter zur Erziehung ihrer Kinder in nationalem Geiste aufgefordert wurden. Der Berufsverband polnischer Arbeiter zählt heute mehr als 10000 Mitglieder.

Seine Leiter veranstalten zu Agitations- und Organisationszwecken Ausflüge nach Sachsen, Braunschweig und Hannover. Um sich in wirtschaftlicher Hinsicht von den Deutschen abzuheben, wurde die Genossenschaft „Selbsthilfe“ gegründet, und an einigen Orten geht man mit dem Gedanken um, Konsumvereine

zu gründen. In Dortmund und in Bochum besteht die Absicht eine Volksbank in's Leben zu rufen.

Der Josaphat-Verein ist ein Verein, welcher Mittel zur Unterstützung armer Studenten sammelt, die später die polnische Intelligenz im Westen bilden und die polnische Bewegung leiten sollen. Der Josaphat-Verein unterstützt schon heute viele junge Leute.

An den Gemeinde- und Kirchenwahlen beteiligen sich die Polen lebhaft und bei den diesjährigen Knappschafts-Rassenwahlen erhielten die Polen 5 Mandate. Den Bericht über unsere Auswanderung schließen alle deutschen Blätter mit folgendem Urteil:

„Die national-polnische Bewegung im Westen der Monarchie erreichte heute einen derartigen Aufschwung, daß sie Abwehrmittel nicht nur seitens des Staates sondern auch seitens aller deutschen Fachkreise nötig macht.“ Die armen Deutschen! Jetzt haben sie nicht nur in den polnischen Landesteilen eine polnische Frage — die wichtigste von allen Sachen der inneren Politik — wie der Reichskanzler v. Bülow bemerkte, sondern die polnische Frage erhebt ihnen auch infolge des Bestrebens, das polnische Element zu proletarisieren und zu verarmen, mitten im Herzen Deutschlands selbst.

In der polnischen Gesellschaft des preussischen Anteils vollzieht sich ein ungeheurer Umschwung in den Ansichten über das Verhältnis der Geistlichkeit zu der polnischen Gesellschaft. Während noch vor kurzem die klerikalen Kreise mit großer Hartnäckigkeit um die Suprematie der Geistlichkeit in der Nationalpolitik kämpften, während unlängst noch ein erbitterter Kampf mit der Volkspartei, welche sich die bürgerliche Tätigkeit der Geistlichen zu kritisieren erlaubte, geführt wurde, prüft heute das Organ der polnischen Geistlichkeit, der Kurier Poznański seine Ansichten über das Verhältnis der Geistlichkeit zu der polnischen Gesellschaft. In seiner Neujahrsausgabe vertrat der Kurier Poznański die Ansicht, daß der Gesellschaft das Recht der Kontrolle und Kritik der Tätigkeit der Geistlichen zustehe, daß die Geistlichen Bürger seien, wie alle anderen Polen und als solche der öffentlichen Kontrolle und Kritik unterlägen. In dieser Weise ungefähr äußerte sich das Organ der polnischen Geistlichkeit, der Kurier Poznański. Was hat ihn denn zu einer so radikalen Änderung seiner Anschauungen in der grundsätzlichen Sache hinsichtlich des Verhältnisses der Geistlichkeit zu der Gesellschaft bewogen? Was hat ihn bewogen zur Annahme dieses so wichtigen Punktes aus dem Programm der Nationaldemokraten, die er auf Schritt und Tritt so energisch bekämpft.

Die antipolnische Politik der preussischen Regierung öffnet manchem die Augen und trägt gute Früchte hinsichtlich der politischen Erziehung unserer Gesellschaft. Wir nehmen nicht an, daß der Kurier Poznański befürchtet, die deutsche Regierung könnte bei der römischen Kurie durchsetzen, daß sie ihre germanisatorische Politik unterstütze. Fortwährend läuft nämlich das Gerücht um, daß die deutsche Regierung nach dieser Richtung hin auf den Vatikan einwirke.

Von diesen Bemühungen wurde während des Besuches des preussischen Prinzen Albrecht bei Pius X. gesprochen und man spricht und schreibt fortwährend darüber, daß die preussische Regierung durch ihren in Purpur gekleideten Vermittler, ihren Kardinal Kopp, den Papst zur Unterstützung der katolischen Politik dränge. Das heutige, gewöhnlich gut unterrichtete Berliner Tageblatt schreibt, daß der Papst zur Zeit sich diesem Drängen widersetze. Sollte der Kurier befürchten, daß Rom den Berliner Einflüssen unterliegen werde und die polnische Geistlichkeit in die unangenehme Lage geraten könne, den Wünschen Roms entgegen zu handeln und fordert der Kurier deshalb

die polnische Gesellschaft zur Kontrolle derjenigen Geistlichen auf, welche die ultramontanen Rücksichten den Interessen des polnischen Volkes vorziehen?

Wir glauben nicht, daß der Kurier der römischen Kurie mißtrauen und derartige Befürchtungen hegen sollte. Die Gründe sind näher zu suchen.

Was in Oberschlesien und zum Teil auch in Westpreußen geschieht, fängt auch an in der Provinz Posen in die Erscheinung zu treten. Namentlich wächst die Zahl der deutschen Geistlichen fortwährend, welche Hand in Hand gehend und dem Schutze der Regierung vertrauend, gegen die geistliche Behörde frondieren, und offen und heimlich im Sinne der antipolnischen Politik der preussischen Regierung handeln. Insbesondere herrschen im Westen der Provinz, wo die katholische Bevölkerung in nationaler Hinsicht gemischt ist, die gleichen Verhältnisse, wie in Oberschlesien.

Es gibt weder polnische Gutsbesitzer, noch polnische Intelligenz, dafür gibt es aber das gewöhnliche, in nationaler Hinsicht wenig zielbewußte polnische Volk, welches sich vor allen Dingen als ein katholisches Volk fühlt. Diese unsere nicht zielbewußten Volksmengen sind der Willkür der geistlichen Germanisatoren preisgegeben. Wenn das Volk dort an den Grenzmarken in nationaler Hinsicht nicht erwacht, wenn die polnische Gesellschaft nicht eine energische, kritische Stellung diesen deutschen Geistlichen gegenüber einnimmt, muß unser Vaterland dort zusammenschrumpfen, denn darüber herrscht kein Zweifel, daß die Germanisierung durch die Kirche wahrscheinlich unser größter Feind ist. Welch skandalöse Verhältnisse an den Grenzmarken herrschen, ergibt sich aus dem Bilde, welches uns der Kurier von dem Typus eines brutalen geistlichen Germanisators durch die Veröffentlichung von Urkunden in Sachen des Pfarrers Brandke in Schmilau entrollt. Die über dem Pfarrer Brandke veröffentlichten Urkunden laufen jetzt in der polnischen Gesamtpresse des preussischen Anteils um und sind wahrscheinlich auch Ihren Lesern bekannt.

Es ist dies derselbe Typus, welcher in Oberschlesien, gelegentlich des Beuthener Prozesses in die Erscheinung trat! Ein roher Karrierenreiter, ein ländlicher Potentat, welcher sein ganzes Ansehen und dasjenige der Kirche zu Zwecken der preussischen Politik benutzt. Jetzt gehen manchem Klerikalen in der Provinz Posen die Augen auf und er wird sein Urteil über die Nationaldemokraten in Oberschlesien ändern, welche, das Zusammenschrumpfen des Vaterlandes infolge der Arbeit der geistlichen Germanisatoren lehend, energisch gegen sie auftreten. Auch in Schlesien ist das Volk des Schutzes der polnischen Geistlichen und Gutsbesitzer und der polnischen Intelligenz beraubt. In diesem Volke muß vor allen Dingen der kritische Sinn auf die Tätigkeit der geistlichen Germanisatoren gerichtet und in ihm die politische Selbstständigkeit geweckt werden, wenn wir an den Grenzmarken nicht zu Grunde gehen wollen. Für uns ist es eine erfreuliche Erscheinung, daß unsere Anschauungen sich immer mehr verbreiten und sogar dort Anhänger finden, wo wir sie am allerwenigsten erwarteten und wir haben die Genugtuung, daß wir Nationaldemokraten die ersten waren, welche gegen die geistlichen Germanisatoren in Oberschlesien auftraten und die Aufmerksamkeit der polnischen Gesellschaft nach dieser Richtung lenkten. Natürlich wird hier niemand den Allpolen das Verdienst offen zuerkennen, aber darum geht es uns nicht. Die Hauptsache ist die, daß das von uns hingeworfene Samenkorn reichliche Früchte trägt.

Ein Posener.

Aus Nr. 16 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 20. Januar 1905:

Die polniſche Jugend vor dem preußiſchen Gericht.

Auch die dritte polniſche Provinz Preußens, Schlefien, kann ſich heute eines Prozeſſes rühmen, welcher deutlich beweist, wie ſehr ihre polniſche Jugend, trotz allen preußiſchen germaniſatorischen Beſtrebungen, ſich nach nationaler Bildung, nach dem polniſchen Liede und Worte ſehnt. Zwischen den Prozeſſen der polniſchen Jugend in den Provinzen Poſen und Weſtpreußen und dem neuſten ſchleſiſchen Prozeſſe beſteht noch der wichtige und für Schlefien ehrenvolle Unterſchied, daß, während dort Studenten und Gymnaſiaſten der oberen Klaſſen auf der Anklagebank ſaßen, in Schlefien junge Leute des Arbeiterſtandes, welche ſich ſelbſt unter ſchwierigen Verhältniſſen ihren Lebensunterhalt verdienen, auftraten.

Dieſer Prozeß, deſſen wir ſchon geſtern kurz erwähnten, ſpielte ſich in Gleiwitz ab. Vor dem ſtrengen Gerichtshof preußiſcher Richter erſchienen 32 Perſonen, von denen nur 4 über 25 Jahre zählen, nämlich der Berginvalid Karl Weps, geboren im Jahre 1852, Schneider Schremann, 30 Jahre, Bildhauer Paul Kaiſer, 37 Jahre alt und Arbeiter Paprotny, geboren im Jahre 1878. Der Reſt, das waren junge Leute und Mädchen im Alter von 17 bis 20 Jahren. In der Anklage wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß ſie ſich in Privatwohnungen, meiſt der drei älteren Angeklagten oder bei der damals in Zahrze wohnenden Frau Soltys verſammelten, dort polniſche Bücher laſen, ſich über polniſche Angelegenheiten unterhielten oder polniſche Nationallieder ſangen. Die Staatsanwaltschaft ſchloß daraus, daß ſie einen geheimen, ſtaatsfeindlichen Verein bildeten.

Aus den Ausſagen der Angeklagten und der Zeugen ging klar hervor, daß dieſes vollſtändig freiwillige Zuſammenkünfte waren. Keiner der Beteiligten zahlte irgend einen Beitrag, niemand brauchte ſich zu verpflichten daß er die Zuſammenkünfte regelmäßig beſuchen werde, es gab keinen Ausſchuß, keine Sitzungen, keinen Vorſtand, alſo keine Merkmale eines organiſierten Vereins. Den Beteiligten wurde lediglich zur Pflicht gemacht, ſich des Alkoholgenuſſes und des Tabakrauchens zu enthalten, polniſche Ideale, Arbeit und Sparsamkeit zu pflegen. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete dieſe Zuſammenkünfte trotzdem und vielleicht gerade deſhalb als ſtrafbar. Der Staatsanwalt Kronge bemühte ſich in dem Prozeſſe nachzuweiſen, daß dieſes tatſächlich ein geheimer Verein geweſen ſei. Die Angeklagten hätten ſich regelmäßig an verſchiedenen Orten und zu einer von vornherein beſtimmten Zeit verſammelt, hätten polniſche Bücher geleſen, Agitationsreden gehalten und

in Preußen verbotene Lieder, wie z. B. „Noch iſt Polen nicht verloren“ und „Mit dem Rauche der Feuersbrünſte“ geſungen. Sie hätten ferner Geld zu Nationalzwecken hergegeben und verkündet, daß Schlefien dem gemeinſamen polniſchen Vaterlande angehöre. Eine derartige Tätigkeit ſei für die preußiſche Monarchie gefährlich. Als Milderungsgrund könne der Umſtand betrachtet werden, daß der größte Teil der Angeklagten noch junge, unerfahrene Leute ſeien. Mit Rückſicht darauf fordere er, der Staatsanwalt, für 17 von ihnen, welchen, nach ſeiner Anſicht, die Schuld nachgewieſen worden ſei, „nur“ eine Strafe von 3 Tagen bis 3 Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten wurden von vier polniſchen Rechtsanwältern verteidigt, von Dr. Rozanski, Dr. Seyda, Defowski und Wentowski. Dieſe ſtellten feſt, daß den Angeklagten nichts weiter zur Laſt gelegt werden könnte, als nur das, daß ſie ſich als Polen fühlten und ſich bemühten, ſich verſchiedene geſellſchaftliche Vorzüge und Tugenden anzueignen. Nach der Anſicht der preußiſchen Staatsanwaltschaft ſei zwar auch dieſes verboten. Die Verteidiger müßten jedoch, ſowohl aus Rückſicht auf die allgemeine Ethik, als auch mit Rückſicht auf das Recht vollſtändige Freisprechung verlangen.

Der preußiſche Gerichtshof ſtellte ſich jedoch auf die Seite des Staatsanwalts und erkannte gegen Ignaz Sifora auf 1 Monat, gegen Paul Dudek auf 2 Monate und Paul Kaiſer auf 2 Wochen, gegen Paul und Hieronymus Paprotny und Weps auf 1 Woche, Pauline Paprotny, Katharina Hadrian, Joſeph Grzegorzak und Johann Miazga auf 5 Tage, Johann Sifora, Martha Paprotny, Anna Zlotarz und Hedwig Bobka auf 3 Tage und endlich gegen die Joſepha Sifora auf 1 Tag Gefängnis.

Das Urteil iſt zwar milder, als dasjenige in den früheren Akademiſter- und Gymnaſiaſten-Prozeſſen, angeſichts jedoch der — ſogar nach den preußiſchen Geſetzen — vollſtändigen Schuldbloſigkeit viel zu ſtreng. Es wurde lediglich zu dem Zwecke gefällt, um andere von derartiger Pflege der nationalen Ideale und von dem Unterricht in der Muttersprache abzuschrecken. Ob es den Zweck erreichen wird? Wir zweifeln daran von vornherein. Im Gegenteil wir nehmen an, daß das neue Unrecht das heilige Feuer der Vaterlands- und Nationalitätsliebe in der ſchleſiſchen Jugend noch mehr wecken wird. Die preußiſchen Gerichte aber haben ſich ein neues Zeugnis ausgeſtellt, daß ſie nur das Werkzeug des Raffen- und politiſchen Haſſes ſind.

Ehre ſei den jungen ſchleſiſchen Märtyrern!

Eine merkwürdige Ironie des Schickſals brachte es zuwege, daß die preußiſchen Polizeibeamten, welche dieſen angeblichen Geheimbund entdeckten, Ordon und Rollontaj hießen!